

New School of Multilateralism

September 2023



Multilateralismus neu denken Wiener Denker:innenkreis

Ergebnisse März - Juni 2023

Ursula Werther-Pietsch, Initiatorin

Die internationale Ordnung ist in Bewegung, soviel ist sicher – aber wohin bewegt sie sich zwischen Energiekrisen, wachsender Ungleichheit und atomarer Bedrohung? Keine der *Grand Theories* der Politikwissenschaft hat es bisher geschafft, die turbulenten Dynamiken der letzten 30 Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer ausreichend zu erklären (*Wolfgang Petritsch*). Der Weg in die Zukunft weist eine hochgradige Komplexität auf, die Unsicherheit hervorruft. Aber auch als Chance wahrgenommen werden und einer geopolitischen Spaltung entgegenwirken kann.

Inhaltsverzeichnis

Zum Papier	3
Abkürzungsverzeichnis	4
Zusammenfassung	5
Herausforderungen der Gegenwart	6
Antworten, die wir antizipieren können	6
Was können wir neu gestalten?	6
Von Utopien zu Visionen	7
WeltNetzOrdnung. Der Theorieansatz	8
Multilaterales Systemdenken. Der Weg	9
Konkrete Ableitungen aus dem Theorieansatz	10
Handlungsempfehlung 1: Neue Wege der Governance	10
Globales eGovernance Center	
Handlungsempfehlung 2: Globales Normsetting für den Frieden	10
Welt-Friedenskonsensus und Recht auf Frieden	
Handlungsempfehlung 3: Global Peace Mechanism 2050	12
Regionale Peace & Security Hubs	
Ergebnisse des Wiener Denker:innenkreises	15
NSM Papers	16
Impressum	35



Korrespondenz: ursula.werther-pietsch@univie.ac.at

Zum Papier

Das vorliegende Dokument wurde vom Wiener Denker:innenkreis entwickelt. Die Mitwirkenden teilen die grundlegende Einschätzung, dass die geänderten Prämissen von Geopolitik, Geoökonomie und neue globale Herausforderungen ("Geodynamik") eine Transformation der internationalen Ordnung eingeleitet haben und stimmen darin überein, dass eine WeltNetzOrdnung (WNO), die auf einem effektiven Multilateralismus (ML) beruht, eine vielversprechende Alternative zur derzeit im Zerfall begriffenen multilateralen Ordnung sein könnte.

Die aus diesem Ansatz entwickelten Vorschläge sind gebündelt in drei interagierende Bereiche: Neue Wege der multilateralen Governance, globales Normsetting für den Frieden sowie Mechanismen der Friedenssicherung und stehen exemplarisch für multilaterales Systemdenken.

Treibende Kraft des Kreises ist das Hinausdenken über den Krieg (Stefan Zweig, *Die Welt von Gestern*, 1941), die Ablehnung von Krieg als Instrument des Absteckens von Einflusszonen und Fortsetzung von Politik (von Clausewitz) sowie die Hinwendung zu einem erneuerten Friedens-Konsensus.

Abkürzungsverzeichnis

AIIB Asian Infrastructure Investment Bank

Art. Artikel

ASEAN Association of Southeast Asian Nations

AU African Union

AUKUS Australia, United Kingdom und United States (Militärbündnis)

BRI Belt and Road Initiative (China)

BRICS Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (aufstrebende Volkswirtschaften)

CH Schweiz

CoE Council of Europe

ed. Editor etc. et cetera

EU Europäische Union

G77 Zusammenschluss von Staaten des Globalen Südens innerhalb der UNO

GGC Globales Governance Center
GPG/GPF Global Public Goods/Freedoms

HDP Humanitarian – Development – Peacebuilding

Hg. Herausgeber(in)

ILC International Law Commission

IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change

iwS im weiteren Sinn ML Multilateralismus

MSD Multilaterales Systemdenken

NATO North Atlantic Treaty Organisation

OAS Organization of American States

OPEC Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSCE Organisation for Security and Co-operation in Europe
P-5 Permanent Five (ständige Sicherheitsratsmitglieder)

Quad Quadrilateral Security Dialogue

RCEP Regional Comprehensive Economic Partnership

RPSH Regional Peace & Security Hub
SCO Shanghai Cooperation Organisation
TDHJ The Defence Horizon Journal

u. a. unter anderemUN United Nations

UNDPPA UN Department of Political and Peacebuilding Affairs

UNGS UN Generalsekretär UNGV UN-Generalversammlung

UNSR UN-Sicherheitsrat
USA United States of America
uvam und viele andere mehr
WMD Weapons of Mass Destruction

WNO WeltNetzOrdnung

WVRK Wiener Vertragsrechtskonvention

z. B. zum Beispiel z. T. zum Teil

Zusammenfassung

Herausforderungen der Gegenwart

Die geänderten geopolitischen, geoökonomischen und geodynamischen Rahmenbedingungen haben die Prämissen des Status quo-ML geändert.¹ Der ML von heute ist konfrontiert mit einem eminenten Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust, mit Brüchen sowie einer enormen Polarisierung im internationalen System – warum?

- > Dominante Logik der Rivalität. China Russland Westen neue Blockfreie stehen in einem Systemwettbewerb um die Grundregeln des von ihnen mitgeprägten ML. Eine Rekonfiguration dynamischer Machtzentren auf regionaler Ebene kristallisiert sich heraus.
- Geopolitik und die "Gesetze" der Realpolitik. Methoden und Schauplätze der Kriegsführung haben sich vervielfältigt und erfassen auch das multilaterale Geschehen (Era of Unpeace, Leonard²). Bündnispolitik und Abschreckung dominieren den sicherheitspolitischen Diskurs und verengen die möglichen Standpunkte.
- Langsames Demokratiesterben. Demokratische Werte und Menschenrechte werden zunehmend in Frage gestellt. 72 Prozent der Weltbevölkerung lebt in autokratischen Systemen, im Vergleich zu 46 Prozent vor zehn Jahren.³ Der Kampf der Narrative um konkurrierende Vorstellungen von Entwicklungs- und Gesellschaftszielen verursacht eine tiefgreifende Schwäche des ML.

Daraus resultieren fünf Kritikpunkte am multilateralen Geschehen heutiger Prägung:

- > Mangelnde Kooperation: Globale Mächte und Nachbarstaaten sind immer weniger bereit, bei der Lösung innerstaatlicher Konflikte zu kooperieren.
- > Einseitige Interventionen: Anstatt zusammenzuarbeiten, suchen Staaten ihren Vorteil in einseitigen Interventionen.
- Machtlosigkeit: Die UNO scheint machtlos, alte Kriege zu beenden oder neue zu verhindern. Maßgebliche nichtstaatliche Akteure stehen im Abseits.
- **Blockierter UN-Sicherheitsrat:** Kaum jemand geht davon aus, dass der blockierte UN-Sicherheitsrat eine Eskalation zwischen Ländern verhindern kann.
- Handlungsunfähigkeit: Die Welthandelsorganisation z. B. ist handlungsunfähig, u. a. weil die USA sich seit Jahren geweigert haben, neue Richter zuzulassen.

Dies zeigt, dass das Konzept des Multilateralismus in der Praxis oft nicht so gut funktioniert wie in der Theorie. Angesichts des Auseinandertriftens der Lebenswelten und der Dysfunktionalität der multilateralen Foren ergeben sich daher drei normative Grundsatzfragen:

- > Ist der globale Konsens zum Frieden und den universellen Menschenrechten aufrecht?
- Wie kann der wichtigen Rolle nichtstaatlicher Akteure Rechnung getragen werden?
- > Wie können wir in einem neuen Balancemodell der Systemkomplexität Frieden sichern?

Antworten, die wir antizipieren können.

Idee einer WeltNetzOrdnung (WNO). Antworten auf diese Fragen könnten in einem regelbasierten, differenzierten und ergebnisoffenen ML liegen, der über einen zweistufigen Konfliktlösungsmechanismus verfügt. Mit der Hereinnahme nichtstaatlicher Akteure und einer substantiellen Dezentralisierung ersetzt die WNO den klassischen Multilateralismus durch einen multidimensionalen Ansatz ("Netz"). Das gesamte multilaterale Regelwerk ist auf größtmöglichen friedlichen Interessenausgleich unter allen (beteiligten) Akteuren ausgerichtet. Zur Lösung von Weltproblemen wird als erster Schritt versucht, Komplexität zu verstehen; dann werden gemeinsame Interessen und Gegensätze identifiziert und soweit möglich ausverhandelt (Flexilateralismus, Kemp⁴). Flexibilität im Normsetting ("Knotenpunkte") erfordert mehr Transparenz und Kontrolle, gibt aber auch mehr gestalterische Freiheit ("Netzwerke"). Mechanismen zum friedlichen Interessenausgleich und Konfliktfrühwarnung müssen daher im Gegenzug gestärkt werden. Die WNO kann sich als evolutiver Prozess etablieren.

Multilaterales Systemdenken. Das Multilaterale Systemdenken (MSD)⁵ ist eine aktive Form der Erkenntnisfindung, der auf Problemlösung unter größtmöglicher Inklusion von Zugängen und Interessen abzielt. MSD stellt für einen funktionierenden ML drei Axiome auf: Konstituierende Elemente sind multipolare (Netz)werke. Problemlösung erfolgt durch Prozessgerechtigkeit zur Verwirklichung von Selbstbestimmung und Autonomie. Potenzielle Komplexitätsgewinne für friedlichen Interessenausgleich werden durch ein Mehrebenensystem ausgelotet.⁶ MSD ist Ideologie-kritisch, grundlegendes Theorem und Schlussregel der WNO.

Balance durch Systemkomplexität. In der WNO erfolgt Machteinhegung durch Pluralität im System. Gleichgewicht durch Multipolarität ist im multilateralen Systemdenken die Basis für ein friedliches Miteinander (Balance of the Crowd/the Net, neue Gewaltenteilung). Gleichzeitig erfordert dieses flexible interessengeleitete Netzwerk stärkere vertikale Kontrolle (Demokratisierung) durch Normadressaten.

Prinzip der begrenzten Autonomie. Basierend auf diesen Überlegungen wird in der Friedens- und Sicherheitsarchitektur durch Regionalisierung die strategische Kompetenz und Verantwortung mittlerer und größerer Player grundlegend erhöht.⁷ Das bedeutet einen Autonomiegewinn für die Regionen. Zum Ausgleich soll die globale Ebene entscheidungsbefugt sein – keiner der Player ist allein dominant!

Telos der Weltordnung. Die angedachte Mehrstufigkeit der Konfliktverhütung ist speziell auf Konfliktprävention ausgerichtet⁸ und mit einem vorläufigen Friedenssicherungsmechanismus ausgestattet. Durch ein *Cooling off* auf regionaler Ebene reduziert sich das globale Eskalationsrisiko. Unabhängige Frühwarnzentren überwachen Entwicklungen und tragen zur Demokratisierung der Informationsgewinnung bei. Globale Beziehungen zwischen einzelnen Akteuren werden dadurch nicht berührt.

Was können wir neu gestalten?

Dynamischer Neostrukturalismus. Konkrete Vorschläge auf Grundlage dieses Theorieansatzes werden im Paper exemplarisch ausgeführt. Die Neuerungsschritte sind miteinander verbunden.

- Gesellschaftsgetriebene netzwerkbasierte globale Ordnung, mit einem eGovernance-Zentrum als Steuerungselement und Regelwerkbetreiber;
- Neuer Globaler Friedens-Konsensus, gestützt auf Helsinki 2.0-Prinzipien und individuelles Recht auf Frieden ("repacked universalism");
- Modell der "Collaborative Regional Orders": Regionale Peace & Security Hubs sowie unabhängigen Frühwarnzentren.

Von Utopien zu Visionen

Strategisches Vorausdenken ist essenziell. Globales Policy Making und Sicherung der Rahmenbedingungen verlangt strategische Kompetenz. Durch das Bilden von Visionen können reale Entwicklungen gesteuert werden; es entsteht eine Verortung, die in einem komplexen ergebnisoffenen System richtungsweisend wirkt. Dies setzt ein verstärktes Ineinandergreifen von praxisorientierter Forschung und wissenschaftsbasierter Politik voraus.

Die Überlegungen des Wiener Denker:innenkreises sind daher als Empfehlungen für maßgebliche Stellen in der Vorbereitung des UNO Zukunftsgipfels 2024 gedacht. Das Ideen Lab ist *Work in Progress* und soll beim Europäischen Forum Alpbach vorgestellt und an den Universitäten Graz und Universität der Bundeswehr München weiterentwickelt werden (TDHJ 1/24).

Das Hereinnehmen des nichtstaatlichen Komplexes und der Ausbau der regionalen Dimension erlaubt eine realistischere Abbildung des Zustands der Welt. Die Vorschläge des eGovernance-Zentrums, des Friedens-Konsensus und der regionalen Friedenssicherung dienen dazu, eine WeltNetzOrdnung weiterzuentwickeln.

Insgesamt knüpft der dynamische Neostrukturalismus damit behutsam an bestehenden Strukturen an und wird evolutiv an einer Verbesserung der Wirkungsmacht geschraubt. So ist die Weltgemeinschaft glaubwürdiger, anwendungsbezogener, vielschichtiger im Erkennen und Bewältigen globaler Herausforderungen sowie in ihrer Reaktionstiefe auf Krisen neu gebündelt.

Die Forderung nach Transparenz, Gestaltungsfreiheit, Reformfähigkeit, Glaubwürdigkeit und nachhaltigem Frieden inspirieren die Arbeiten der New School of Multilateralism.

WeltNetzOrdnung. Der Theorieansatz

Status quo Definition. ML bedeutet politische und/oder normative Rahmen (in weiterer Folge: -prozesse und -werke), in potentiell unterschiedlicher Zusammensetzung, zur Verfolgung und Umsetzung von Interessen, idealiter durch (einen anzustrebenden: friedlichen) Interessensausgleich, von drei oder mehr Staaten (Seiten).⁹

Neue Axiome für den Multilateralismus. Wir sehen, dass die neuen geopolitischen, -ökonomischen und -dynamischen Rahmenbedingungen die Prämissen des globalen ML verändert haben: Rückläufiges Normsetting, fehlendes *Burden-Sharing*, Kampf der Narrative, Versicherheitlichung neuer Technologien, Ressourcenabhängigkeit und wirtschaftliche Abschottung – sowie die gestiegene und normativ ungenügend erfasste Einflussnahme von nichtstaatlichen Akteuren - haben zu Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusten, Brüchen sowie Polarisierung im internationalen System geführt. Drei richtungsweisende Axiome bilden aus Sicht des Wiener Denker:innenkreises Antworten auf diesen komplexen, sich stetig verändernden Raum: *Multipolarität, Prozessgerechtigkeit* und *Systemkomplexität*. Neue Strukturen können helfen, diese grundlegenden Politikaxiome umzusetzen. Der klassische, staatszentrierte ML wird durch eine Netzstruktur mit multidimensionalem Ansatz ersetzt.

Zum Begriff der WeltNetzOrdnung. Die Idee orientiert sich am Begriff des Netzes, das ein Zusammenwirken von Verbindungen und Knotenpunkten darstellt. Auf ML übertragen bedeutet dies, die unterschiedlichen Beziehungen von Akteuren zueinander zu betrachten, bezogen auf ihre (übereinstimmenden) Interessen. Hauptaussage ist, dass die Akteure der vorgefundenen Ordnung nach dem Grad ihrer Vernetztheit integriert betrachtet und abgestimmt werden müssen ("Netz"). ML wird dabei als System aufgefasst. Der Begriff des multilateralen Systemdenkens¹⁰ beschreibt diesen Zusammenhang (Ordnung). Die A priori-Verbundenheit und Dichte der Beziehungen der Akteure bedingen das Herausbilden unterschiedlicher, multidimensionaler normativer Regime ("Knotenpunkte im Netz"). Dezentralisierung in der Gesamtordnung lässt sowohl mehr Inklusion als auch mehr Resilienz zu. Der Normsetzungsprozess kann dadurch für nichtstaatliche Akteure geöffnet werden.

Neudefinition von globaler Verantwortung. Durch die Hereinnahme von nichtstaatlichen Akteuren in das multilaterale Geschehen ändern sich internationale Beziehungen; sie werden zu inter-organisationellen Zusammenschlüssen. Multinationale Unternehmen, Techno-Cluster, zivilgesellschaftliche Organisationen und akademische Institutionen bilden wie Staaten konzentrische Kreise um ihre Kerninteressen. Im gleichen Ausmaß, wie die nichtstaatlichen Akteure die Beziehungen mitgestalten, erhöht sich auch ihre Mitverantwortung für den Frieden.

Definition. WNO ist ein regelbasiertes, differenziertes und ergebnisoffenes inter-organisationelles Gefüge. Das entworfene Weltgestaltungsmodell kann innovative Lösungen auf globaler Ebene befördern (Komplexitätsbewältigung). Das gesamte multilaterale Regelwerk ist auf größtmöglichen friedlichen Interessenausgleich unter allen (beteiligten) Akteuren ausgerichtet. Dazu wird der Konfliktlösungsmechanismus auf zwei Stufen – regional und global – erweitert.

Multilaterales Systemdenken. Der Weg

Schlussregel. Multilaterales Systemdenken (MSD) ist ein aktiver Prozess der Erkenntnisfindung im interorganisationellen Raum, der auf Problemlösung unter größtmöglicher Inklusion von Zugängen abzielt. Eine solche Vorgehensweise wurde etwa bei den großen Agendas der UNO (z. B. Agenda for Peace, Agenda for Humanity, Agenda 2030), die als authentische Interpretationen der Charta gewertet werden können, gewählt. MSD ist ideologie-kritisch und grundlegendes Theorem der WNO.

Leitende Zukunftsprinzipien. Mit dem MSD können wir aus den komplexen, globalen Konsensfindungen Grundprinzipien (Axiome) ableiten, die ein friedensorientierten multilateralen Handeln bestimmen:

- Multipolarität als Balancemodell. Wir setzen Kräftegleichgewicht durch Vielfalt den sich abzeichnenden Tendenzen eines starren bifurkierenden Systems entgegen¹¹. Nicht Blockbildung steht im Vordergrund, sondern kreative Pluralität. Eine multipolare Welt ist komplexer, aber auch facettenreicher in ihren *Tonalities of Peace (Trojanow* anlässlich der Salzburger Festspiele 2022¹²). Multipolarität als Spiegel von Vielfalt und Selbstbestimmung ist demokratiepolitisch und menschenrechtlich gesehen die adäquate Abbildung von Komplexität. Komplexitätsmuster werden damit als Chance gesehen und können damit *per se* begrenzt friedenstiftend wirken.
- Prozessgerechtigkeit. Regelbasierte Ordnung trifft Geopolitik, trifft Interessengegensätze, trifft unterschiedliche lebenskulturelle Auffassungen. Bereits Kelsen hat reale mit idealen Argumenten verbunden. Der Ausweg aus diesen Pattstellungen heißt: regelbasierter, differenzierter und ergebnisoffener Multilateralismus. Um effektiv zu sein und Ideologie-kritisch zu bleiben, muss multilaterales Geschehen bestimmten Verfahrensregeln genügen; es darf nicht Entscheidungen vorwegnehmen (keine absolute Finalität des Systems, kelsenianisches Modell¹³).
- Systemkomplexität. Für eine stabile WNO ist es notwendig, Mechanismen zur Ausbalancierung der gegebenen Machtpositionen einzubauen. Dies kann wiederum nur mit Win-Win-Situationen bedient werden (stratifizierte Mehrebenengebilde, Messner¹⁴). Die Ausdifferenzierung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur in regionale und globale Ebene ermöglicht auch hier mehr Flexibilität bei der Lösung von Konflikten. Um die Effektivität dieses multilateralen Ansatzes im Sinn einer demokratiepolitischen Kontrolle zu erhöhen, werden gleichzeitig unabhängige, evidenzbasierte Frühwarnzentren auf regionaler Ebene mit internationaler Beteiligung ins Leben gerufen.

Auslegungsregel für erneuerte Checks-and-Balances. Im MSD erfolgt Machteinhegung durch Pluralität im System. Checks-and-Balances sind die Basis für das friedliche Miteinander (Balance durch System-komplexität, Balance of the Crowd/the Net, neue Gewaltenteilung). Der bestehende ML wird durch folgende Auslegung readjustiert:

- Prinzip der begrenzten Autonomie. Durch Regionalisierung von Sicherheitsverantwortung wird die strategische Kompetenz mittlerer und größerer Player erhöht. Das bedeutet einen Autonomiegewinn der Regionen. Zum Ausgleich bleibt die globale Ebene als Letztinstanz entscheidungsbefugt – keiner der Player kann allein dominant werden.
- > Friedensordnung als Telos (*Ipsen*¹⁵). Die Mehrstufigkeit ist speziell auf Konfliktprävention ausgerichtet und mit einem vorläufigen Friedenssicherungsmechanismus ausgestattet. Durch ein *Cooling off* auf regionaler Ebene reduziert sich das globale Eskalationsrisiko. Globale Beziehungen zwischen einzelnen Akteuren werden dadurch nicht berührt.

Konkrete Ableitungen aus dem Theorieansatz

Handlungsempfehlung 1: Neue Wege der Governance

Neuregelung internationaler Beziehungen. Die Neue Schule des Multilateralismus tritt für ein dynamischeres, inklusives multilaterales Governance-Modell ein. Die Zusammenarbeit soll gezielt erfolgen und nur jene Stakeholder zusammenbringen, die betroffen sind. Die Inklusivität ergibt sich aus dem Kriterium der Betroffenheit von Interessen. Keiner der interessierten Akteure verfügt über ein Vetorecht, dafür wird der Interessenausgleich zum zentralen Leitmotiv.

Inter-organisationelle Legistik. Betreffen Abmachungen mehrere "Seiten", staatliche oder nichtstaatliche Akteure, und haben sie ein globales öffentliches Gut zum Inhalt (*Globalisation by issues, Ricart*¹⁶), hat die Weltöffentlichkeit ein berechtigtes Informations- und Überwachungsinteresse.

Globales eGovernance Center

Der UN-Generalsekretär richtet dazu ein eGovernance Center mit einer Datenbank für multilaterale Abkommen ein, die von staatlichen und nichtstaatlichen Stakeholdern akzeptiert, zentral zugänglich und transparent sein muss. Ohne Hinterlegung sind diese Abkommen zwar unter den Vertragsparteien wirksam, können aber keine rechtlichen Wirkungen im Verhältnis zu Dritten entfalten. Das GGC überprüft vor Kundmachung stichprobenartig die Akzeptanz der von der Abmachung Betroffenen (diese Meinungsumfragen im großen Stil können durch das Heranziehen von KI-Methoden verbessert werden) sowie die Vereinbarkeit mit dem Globalen Friedenskonsenus. Das GGC ist somit inklusiv, digitalisiert, mit konstitutiv-normativer Funktion.

Damit rückt Vereinfachung des normativen Systems und Refokussierung auf das Wesentliche ins Zentrum. Zudem steuert das GGC die Normsetzung für globale öffentliche Güter und Freiheiten wie Klima, Information, Digitalisierung, Energiesicherheit, Lieferketten, Wasser, Gesundheit, Bildung, Frieden. Mit einem Gewinn an Evidenzbasiertheit und antizipatorischer Ausrichtung entwickelt der neue ML strategische Kompetenz.

Erster Schritt:

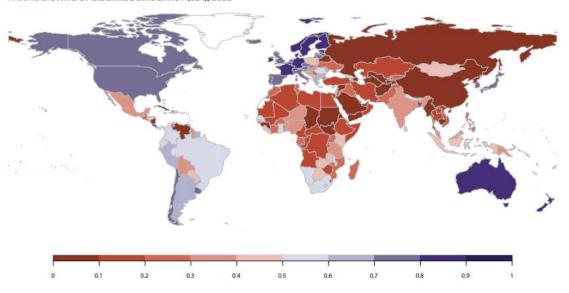
- Auftrag der UNGV an UN-Sekretariat in Zusammenarbeit mit der ILC zur Entwicklung eines Globalen eGovernance Zentrums mit konstitutiv-normativer Funktion auf Basis Art. 102 UN-Charta mit einem Zeithorizont von zwei Jahren.
- Das Monitoring erfolgt durch die UNGV.

Handlungsempfehlung 2: Globales Normsetting für den Frieden

Freiheit und menschliche Sicherheit. Demokratische Regime erodieren weltweit. ¹⁷ Rund die Hälfte der Staaten weltweit werden als teilweise oder nicht frei eingestuft. 87 Prozent der Weltbevölkerung leben laut CIVICUS Monitor in Ländern, deren öffentlicher Raum als geschlossen, unterdrückt oder eingeschränkt gilt (Steigerung um vier Prozent gegenüber 2020). Beobachtet wird auch der schleichende Ausbau von Autoritarismus (z. B. Einführung von Agenten-Gesetzen in Russland 2012; Georgien 2023), der die weltweit wachsende ökonomische Ungleichheit ausnützt. Die Landkarte der Herrschaftsformen zeigt eine Welt von Spin-Diktaturen ¹⁸ und Fassadendemokratien (*Ratkolb* ¹⁹).

Abb. 1: Landkarte der Herrschaftsformen

FIGURE 2. STATE OF LIBERAL DEMOCRACY (LDI), 2022



- 1 The Democracy Report 2023 is based on V-Dem dataset v13. With each annual update, V-Dem improves the quality of the data and engage a larger number of experts, which may lead to correction of scores reported in previous years' reports.
- ${\tt 2-Percentages\,are\,rounded\,throughout\,the\,report.\,Population\,figures\,comes\,from\,the\,World\,Bank\,included\,in\,the\,v13\,of\,the\,V-Dem\,dataset.}$
- 3 V-Dem's Liberal Democracy Index (LDI) captures both electoral and liberal aspects of democracy and goes from the lowest (0) to the highest (1) levels of democracy. The electoral component is measured by the Electoral Democracy Index (EDI) that captures the extent to which all elements of Robert Dahl's (1971) famous articulation of "polyarchy" are present, including the quality of elections, individual rights, as well as the media and freedoms of association. The Liberal Component Index (LCI) captures the liberal aspects including checks and balances on the executive, respect for civil liberties, the rule of law, and the independence of the legislature and the judiciary. Dahl, R.A. 1971, Polyarchy: participation and opposition. New Haven: Yale University Press.

V-dem, Democracy Report 2023, 9

Demokratie und Diversifikation. Repräsentanz- und Legitimierungsmodelle können sich heute oft nicht mehr auf einen gesamtgesellschaftlichen Konsens stützen (Entdemokratisierung, *Manow* 2021). Dazu kommt der Trend zu Personalisierung von Politik. Demokratie muss aber in erster Linie nach innen funktionieren, die Nähe zum Betroffenen ist ausschlaggebend für die Erfahrung von Demokratie. Mangelnde Pluralität im Inneren spiegelt das bedrohte Prinzip der Multipolarität in der Außensphäre. Der Ausweg liegt im Aufbau gesellschaftlicher Kohäsion und in der Öffnung des ML für nichtstaatliche Akteure durch schrittweise, evolutive Einbindung in die globale Legislative.

Friedenskonsolidierung nach der Zeitenwende. Bleibt Demokratie der Gesellschafts-Problemlöser von morgen? *Unsere Schlussfolgerung*, Repräsentativität absichern: Selbstbestimmung und Rechenschaftspflicht dienen dazu als konzeptuelle und prozessuale Gelingensbedingungen²⁰. Damit sich Staaten und Regionen auf die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen konzentrieren, dürfen Menschen weltweit nicht in ihrer Meinungsbildung unterdrückt, falsch informiert oder ausgeschlossen werden. Hier geht es um eine demokratische und faktenbasierte Selbstkontrolle und einen unabhängigen zivilgesellschaftlichen Mechanismus, der durch Beobachtungsmissionen erstellte und der Öffentlichkeit zugängliche Schattenberichte Informationen an die UNGV herantragen und Maßnahmen auslösen kann.

Welt-Friedenskonsensus und Recht auf Frieden

Die globale Friedens-Grundnorm, das führende Politikaxiom des Systems, muss neu verhandelt werden (Verbot des Aggressionskriegs, Aufwertung von Selbstbestimmung, verantwortliche Souveränität, etc.), z. B. in einem "Helsinki 2.0 Dekalog" mit einem universellen Recht auf Frieden als integralem Bestandteil. Damit greift der Wiener Denker:innenkreis eine Idee auf, die auf einer Resolution des UN-Menschenrechts 32/28 vom 16. Juli 2016, beruht. Inhalt wäre ein Anspruch auf "Roadmaps to Peace", die friedensstiftende, wirtschaftliche und ökologische Dimension als mögliche Konfliktursachen explizit in Richtung Interessensausgleich lösen sollen. Das Erarbeiten von Grundsätzen der transformativen Friedenskonsolidierung (Interpeace, New Principles Peacebuilding) ergänzt diesen Ansatz.

Konkrete Umsetzungsschritte:

- Erarbeitung eines Entwurfs "Helsinki 2.0 Dekalog" (Erweiterung der bestehenden Prinzipien) und des Right to Peace auf Basis der Res. 32/28 als integralem Bestandteil durch die ILC. Die Leitung liegt beim UNGS, das Monitoring UN-Menschenrechtsrat.
- Die Erarbeitung von Grundsätzen der transformativen Friedenskonsolidierung wird mit einer (HL-)Freundesgruppe des UNSR oder im UNDPPA entwickelt.

Handlungsempfehlung 3: Global Peace Mechanism 2050

Konzept menschlicher und kooperativer Sicherheit. Die Welt-Gemeinschaft hat sich 2012 auf ein gemeinsames Verständnis von menschlicher Sicherheit geeinigt (UNGV-Resolution 66/290/2012). Damit ist ein Paradigmenwechsel in der Ideengeschichte zugunsten eines "people-centred, comprehensive, context-specific and prevention-oriented" Sicherheitsbegriffs eingeleitet worden. Dies kann mit dem Vorläuferkonzept der kooperativen Sicherheit (Helsinki-Prozess) in Einklang gebracht werden.²¹ Neue friedensichernde Mechanismen sollten idealiter *ius cogens* (WVRK Art. 53) abgesichert werden.

Sicherheit ist unteilbar. Friede und die Entfaltung unseres menschlichen Potentials ist das höchste Gut. Waffensysteme und militärischer Aktionsradius zeigen die lebensbedrohende Irrationalität auch begrenzter Kriege auf. Die UN-Charta selbst hinkt durch die historische Entstehung am Ende von WWII den neuen Machtverhältnissen nach. Dennoch ist der UN-Sicherheitsrat *de iure* Drehscheibe für die Letztentscheidung der Feststellung einer Bedrohung/eines Bruchs des Weltfriedens gemäß Kapitel VII der Charta.²² Dem soll im vorliegenden Vorschlag eine regionale Ebene zwingend vorgelagert werden.

Regionalorganisationen. Die Rolle von Regionalorganisationen wächst. Daher wird diese mittlere Ebene strategisch und wirtschaftlich zum zentralen *Clearing House* für Interessenausgleich. So könnten etwa nur solche Themen, die auf dieser Ebene nicht einvernehmlich geklärt werden können, in die UNGV-Debatte aufsteigen. Ebenso könnten "Chapter VIII-Häuser" im Bereich des Sicherheits-ML eine vorläufige Sicherheitsverantwortung übertragen bekommen.

Dynamischer Neostrukturalismus. Wir schlagen eine institutionelle Anpassung an den vorgefundenen Status quo-ML vor, der von der Idee eines Macht- und Interessensausgleichs geprägt ist. Damit sind eine Interaktion und Beweglichkeit sichergestellt, die der aktuellen geopolitischen Lage entspricht. Auch Sicherheits-ML kann damit wieder Ort von Begegnung, Fortschritt und Perspektive sein.

NATO
DEL
NATO
ORG
OR

Abb. 2: Landkarte des Multilateralismus

Hartmann/Walchner, unibw München 2023

Regionale Peace & Security Hubs

*Twin-Track-*Global Peace Mechanismus. Dieser legt die Hauptverantwortung auf fünf bis sechs regionale Peace & Security Hubs (RPSHs) als zentrale Drehscheiben für Konfliktprävention und kann organisatorisch

an die UN Peacebuilding Commission angeknüpft werden. Im Verbund mit dem UN-Generalsekretär

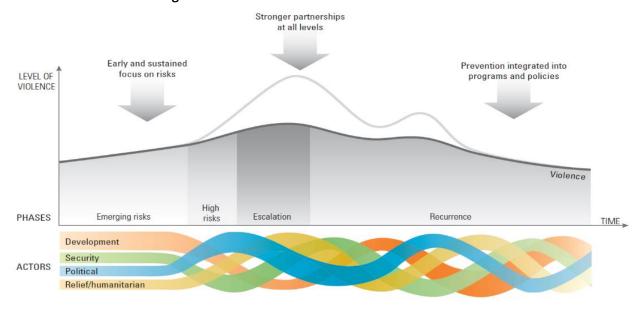
Academia, einschließlich unabhängiger wissenschaftsbasierter Institute von außerhalb der Region, die keine eigennützigen Interessen haben, überwachen RPSHs den friedlichen Interessenausgleich auf Ebene "ihrer" Region. Sie fungieren als Schiedsrichter, aber auch Ordnungshüter und primäre Anlaufstelle unter dem Dach des UNSR über den regionalen Frieden und die regionale Wohlstandsentwicklung. Für den Fall einer zwingenden vorläufigen Intervention mit robusten Mitteln ausgestattet. Die humanitäre, Entwicklungs-, Friedens- und Umweltkomponente von Einsätzen soll in ihren Operationen (regionale Peace Support Missions) integriert umgesetzt werden. RPSHs operieren in der Regel unter einem Dreiervorsitz: P-5, Regionalstaat (rotierend) und einem/r Vertreter:in des UNGS. Die Zugehörigkeit ist autonome Entscheidung; so können unterschiedliche Interessenlagen einfließen. Parallel kann der UN-Generalsekretär seine eigene Mediationskapazität im Sekretariat aufstocken (Alpbach Amendment²³).

Regionale Frühwarnzentren. Nichtstaatliches Pendant zu den RPSHs, sogenannte *Peace Centres of Excellence* - unabhängig, evidenzbasiert, akademisch; arbeiten RPSHs zu, berichten aber auch selbständig an den UNSR; beobachten die Bedrohung von menschlicher Sicherheit als verbindendem Maßstab und bringen damit eine empirische Komponente ein: Stärkung der nichtstaatlichen Dimension.

Neue Interventionslogik. Ergänzend zum *Twin-Track* Mechanismus ergibt sich logisch (a) eine Festigung der Interventionsschwelle durch völkerrechtliche *Fight for Humanity*-Interventionsformel (b) *Whole-of-*

System Approach, das Ineinandergreifen der Aktionsfelder im humanitären, Entwicklungs- und Friedensförderungsbereich (HDP-Nexus) und (c) Transformative Friedenskonsolidierung (sh. Handlungsempfehlung 2).

Abb. 3: Neue Interventionslogik



World Bank (2018), Pathways for Peace, Washington D.C., 284

Umsetzung der Empfehlung:

Hier laufen mehrere Handlungsstränge verschiedener Akteure gleichzeitig:

- > Entwicklung eines Umsetzungsplans durch das UN-Sekretariat binnen 6 Monaten;
- Sichtung des Mandats der bestehenden UN Peacebuilding Commission und der Fight for Humanity-Interventionsformel (UNDPPA, ILC) und
- > Ingangsetzen der regionalen Konfigurationen und Operationalisierung einer Regionenübergreifenden gemeinsamen Interventionslogik als erstem Schritt.
- Gründung der unabhängigen Peace Centers of Excellence (Academia, Vorschlag an UNGS);
- Sequencing: Regionalisierung von Sicherheitsverantwortung ist an den erfolgreichen Abschluss der Arbeiten am Friedenskonsensus (Helsinki-Prinzipien2.0 und Recht auf Frieden, siehe Handlungsempfehlung 2) geknüpft.

Ergebnisse des Wiener Denker:innenkreises

Der neue Multilateralismus. Die Kombination von WeltNetzOrdnung (WNO) und Multilaterales Systemdenken (MSD) sind Grundlage einer erneuerten Herangehensweise an eine Außenpolitik der Gesellschaften (Steinmeier 2016), in deren Mittelpunkt Pluralismus und Multipolarität stehen. Ein Globaler Friedenskonsensus und Regionalisierung der Sicherheitsverantwortung sind multilaterale Instrumente für den Weltfrieden.

Die integrative Seite. Staatliche wie nichtstaatliche Akteure sind in diesem Ansatz im Normsetting verbunden. Die Konzentration auf globale öffentliche Güter und Freiheiten (GPG/GPF) eröffnet den Blick auf die Inhalte einem künftigen inklusiven Global Governance-Modell. Für die Steuerung eines effektiven ML und Innovationsmotor soll ein Zentrum für eGovernance als institutionelle Weiterentwicklung der UNO errichtet werden.

Die Konfliktpräventions-Seite. Wo Interessenausgleich scheitert, ist eine Reaktionsfähigkeit des ML vorauszudenken: ML bewährt sich, wo Interessengegensätze unlösbar erscheinen: die Aufgabe der Friedenssicherung. Friede und die Entfaltung des menschlichen Potentials (Gerechtigkeit) sind unteilbar und das globale Ziel. Eine Weiterentwicklung des Helsinki Dekalogs schreibt den neuen Welt-Friedenskonsens fest. Das Herausbilden von *Regionalen Peace & Security Hubs* (RPSHs) sowie unabhängiger, evidenzbasierter Frühwarnzentren schaffen eine flexible und robuste Friedenssicherung und mehr Checks-and-Balances zur Konfliktprävention. Die Akzeptanz eines universellen Rechts auf Frieden und einer gemeinsamen Interventionslogik sind Voraussetzung für die Delegation von Macht auf die regionale Ebene.

Visionen-Tracker. Globales Policy Making heute verlangt strategische Kompetenz und Fähigkeit zur vorausschauenden Planung. Die erforderlich gewordene Neupositionierung auf allen Ebenen - global, regional, national und lokal - macht es notwendig, strategische Optionen zu erkennen *und zu teilen*. Dies setzt auch ein verstärktes Ineinandergreifen von praxisorientierter Forschung und wissenschaftsbasierter Politik voraus. Ebenso wichtig ist die Einsicht in die Relativität des jeweils eigenen Standpunkts.

Das Ideen-Lab ist Work in Progress und wird mit dem Zukunftsgipfel der UNO 2024 weiterentwickelt.

New School of Multilateralism Wiener Denker:innenkreis

Mitwirkende²⁴

Franco Algieri, Caroline Altenburger, Bea Austin, Maria-Angela Brunner, Michael Drmota, Thomas Eder, Michael Fanizadeh, Stephanie Fenkart, Benjamin Carl-Arthur Frormann, Roman Fürnschuss, Heinz Gärtner, Irene Giner-Reichl, Thomas Greminger, Lukas Hartmann, Corinna Häsele, Elisabeth Hoffberger-Pippan, Matthias Kettemann, Fariha Khan, Martin Kreutner, Isabelle Lazar, Markus Müller-Schinwald, Sabine Neyer, Erika Obermayer, Katharina Reich, Michael Reiterer, Friedarike Santner, Leo Schmertzing, Magdalena Schneidhofer, Robert Schütt, Christoph Schweifer, Thomas Starlinger, Michael Staudinger, Karl Steininger, Alexander Strupp, Velina Tchakarova, Patrick Terry, Sabrina Walchner, Florian Weinreich, Ursula Werther-Pietsch, Juliette Wiegmann, Gilbert Wilfan, Christian Wlaschütz, Stefanie Wöhl, Benedikt Zanzinger, Michael Zinkanell

NSM Papers



Intention

Das vorliegende Themenpapier verfolgt den Zweck, eine konzise Basisdefinition und eine kurze, grundsätzliche Einordnung des Multilateralismus in seiner derzeitigen Form – als Ausgangspunkt für einen allfälligen darüberhinausgehenden Diskurs – vorzunehmen. Die Darstellung kann und soll daher auch nicht den Anspruch einer umfassenden Analyse und Bewertung des gesamten akademischen Acquis noch eine eingehende Diskussion aller derzeitigen und aller antizipierten Entwicklungen, Strömungen und Schulen, auch der Praxis, für sich reklamieren.

Annäherung an das Thema

Bereits in der Antike gab es Überlegungen und z. T. Regularien im Umgang und den Beziehungen mit den extranei, den Außenstehenden (peregrini), den Fremden (siehe etwa den ATTISCHEN SEEBUND des antiken Athens, das römische ius gentium oder das Huainanzi-Kompendium der chines. HAN-Dynastie). Der Westfälische Friede von 1648 (und sein Westfälisches System) brachte bereits vier zentrale, im Wesentlichen auch heute noch gültige Grundprinzipien/-postulate im Umgang von Staaten (iwS) zueinander mit sich: (1) staatliche Souveränität (state sovereignity), (2) Gleichwertigkeit der Staaten (legal equality), (3) friedliches Miteinander (non-intervention), (4) Pflege (formalisierter) zwischenstaatlicher Beziehungen (inter-state diplomacy). In weiterer Folge hat der Wiener Kongress (1814–1815) die post-Napoleonische Ordnung etabliert, die Welt nach Ende des ersten Weltkriegs wurde nicht zuletzt durch das 14-Punkte-Programm von US-Präsident Woodrow Wilson (mit)geprägt; die Washingtoner Erklärung (1942), die Konferenzen von Moskau, Teheran (beide 1943), Jalta und Potsdam (beide 1945) hatten dann letztlich am Ende des WWII ihren Anteil an der Entstehung nicht nur der Vereinten Nationen (UN) mit 51 Gründungsstaaten (Konferenz von San Franzisko, 1945), sondern wird das Jahr 1945 langläufig auch als point zero des heutigen Internationalen Systems und des modernen Multilateralismus (ML) gesehen. Dieser ML befindet sich seit seinen Anfängen in einem gewissen Wandel und haben sich dabei auch gewisse spezifische Zweige auskristallisiert, etwa Menschenrechts-, Wirtschafts-, Sicherheits-, oder Umwelt-ML. Naheliegenderweise sollen und dürfen in allen Betrachtungen weitere wesentliche, historische Entwicklungen (etwa Dekolonialisierung, Kalter Krieg, die Entstehung regionaler Organisationen, dismembratio/Zusammenbruch der Sowjetunion, uvam) keinesfalls unbeachtet bleiben. Insbesondere durch die allgemeine Globalisierung und Digitalisierung sowie das Bestehen universell-globaler Problemstellungen (Klimakrise, WMDs, AI, etc.) sind Mechanismen eines breiten Dialogs und von (gemeinsamer) Problemlösung [arg. Multilateralismus!] insbesondere auch pro futuro unverzichtbar.

Multilateralismus - die Definition(en)

Wissenschaft und Praxis haben sich nicht auf die eine, alleingültige Definition geeinigt. In seiner einfachsten Form ist Multilateralismus – etwa auch in seiner etymologischen Genese – der Austausch von zumindest drei Seiten (Staaten) über Interessen. ML ist damit zuvorderst potentielle

(1) Basis und Plattform (eine Faktizität) d(ies)es Austausches, ist eine "factual convening reality", in eventu auch "convening option" oder "convening power". In seiner bereits entwickelten und etablierteren Form ist ML aber auch

- (2) Prozess, basierend auf diversen, grundlegenden formell-prozessualen Übereinkünften und/oder Vorgaben der/von beteiligten Staaten (Seiten) und daraus resultierenden, auch qualitativen Elementen und Ableitungen. Genannt werden hier häufig etwa ein gemeinsames, elementares (Grund)Wertegerüst iwS (common value basis), Unteilbarkeit der Interessen (indivisibilty of interests), Reziprozität (reciprocity), Mediation und Konfliktlösung (mediation and dispute resolution), Beständigkeit und Einfluss (durability and influence), Nicht-Diskriminierung (non-discrimination) (siehe u.a. Keohane, R.; Ruggie, J.; Nye, J.S.; et al.), sowie insbes. die bereits erwähnten (vier) Prinzipien des Westfälischen Systems. In seiner ausgeprägten, etablierten und verdichteten Form ist ML aber auch das verstetigte
- (3) Internationale System und seine Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen (mit Teil- und Unterorganisationen), die Regionalen Organisationen (etwa ASEAN, AU, Council of Europe (CoE), EU, OAS, SCO u.v.a.m.), oder etwa auch interessensgeleitete Zusammenschlüsse (OSCE, OPEC, NATO etc.).

Kerncharakteristika & Zugangsweisen

Gegenüber bilateralen Prozessen bzw. einem [alternativen] Geflecht von bilateralen (Einzel)Beziehungen (zum jeweiligen Interessensausgleich bzw. zur inter-/transnationalen Problemlösung) hat der ML eine Reihe von Parametern und Einflussfaktoren, meist eine Reihe von Vorteilen: Exemplarisch (und ohne prioritäre Reihung) seien dazu u. a. die bereits oben unter (2) Prozess erwähnten Elemente genannt, zusätzlich auch seine breite Unmittelbarkeit; sein *peer-footing* und seine (größere) *peer-accountability*; seine größere allgemeine Transparenz; seine (teils) größere Effizienz und Effektivität hinsichtlich breiter, komplexer Interessenslagen; sein Potential zu (breitem) *burden- & responsibility sharing*; sein Potential, globale, universelle und komplexe, interdependente Probleme zu diskutieren und zu lösen (z. B. durch multilaterale Systemansätze); sowie seine immanente, in der Regel vertrauensbildende Funktion (*trust- & confidence building function*), und – *in eventu* – seine supranationalen Konfliktlösungsinstrumente (*supranational dispute resolution, enforcement*). Mit dem ihm zugesprochenen prismatischen Ansatz ist der Multilateralismus prinzipiell geeignet, auch insbesondere Komplexität und Vielfältigkeit zu verarbeiten; auch kann seine Universalität *per se* legitimitätsbegründend sein, siehe z. B. die Weltrechtsprinzipien der UN.

Die Zugangsweisen des ML können vielfältig sein, etwa:

normativ-bindend oder freiwillig; obligatorisch oder fakultativ; soft law oder hard law basierend; verstetigt, institutionalisiert oder ad hoc; trans-, inter- oder supra-national; mit universellem oder partikularistischem Fokus bzw. Outreach; werte- und/oder interessengeleitet; mit klassischem oder breitem Ansatz. So haben sich in diesem Kontext auch die unterschiedlichsten Subbegrifflichkeiten (etwa Universal ML, Regional ML, Values-based ML und Minilateralism (Keer und Wisemann, 2013), um nur einige zu nennen) herausgebildet, deren konzeptive und sprachliche Kohärenz und Vollständigkeit jedoch einer allgemeinen Überarbeitung /Aktualisierung bedürfte.

Herausforderungen

Seit dem o. a. *point zero*, seit Gründung der UNO und des bestehenden Internationalen Systems haben sich geopolitisch viele, zT. tektonische Verschiebungen und Entwicklungen ergeben. Einige wurden schon genannt (etwa Dekolonialisierung, Kalter Krieg, *dismembratio* der Sowjetunion); dazu kommen etwa die zunehmend breite Infragestellung hegemonialer und unilateraler Konzepte, rückläufiges Normsetting (z. B. *Schneckener* 2011), aufstrebende (z. B. BRICS(AM)) sowie absteigende Staaten (und -verbände), innere Verfasstheit und Kampf der Narrative (z. B. *Herdegen* 2019), divergierende Sicherheitsinteressen (z. B. *Criekmans* 2021), nichtstaatliche Dimensionen (Techno-Cluster; "the 3rd UN", z. B. *Melber* 2009), fehlendes *Burden-Sharing* und Durchsetzungsfähigkeit (z. B. in Sachen Pandemie, Klima, Abrüstung). All dies führt zu (z. T. erheblichen) Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusten, letztlich zunehmend zu einer de facto globalen Krise des ML in seiner derzeitigen Ausprägung.

Zukunft

Mehrere globale Transformationsagendas der großen Akteure wie UN, EU, SCO, G77, China, Indien, Russische Föderation, USA, aber auch von Einzelstaaten (und deren *co-sponsors*) (z. B. Liechtensteins Initiative zur Reform des UNSC) stehen heute oft parallel, fast immer aber miteinander in Konkurrenz. Dabei weisen verschiedene multilaterale Kreise sich überschneidende Kerninteressen auf, deren Schutz und Förderung zu den gemeinsamen Spielregeln gehören sollten. Eine dieser Bruchlinien manifestiert sich zunehmend als Konflikt zwischen den Regierungs-/Herrschaftsformen Demokratien versus Autokratien. Des Weiteren hat sich die faktische Relevanz nichtstaatlicher Akteure signifikant gesteigert. Eine Revitalisierung, allfällig eine diskursive Öffnung des Multilateralismus (hin etwa zu einer WeltNetzOrdnung (*Werther-Pietsch*) unter Berücksichtigung aller relevanten Kräfte), erfordert aber obligatorisch auch die Diskussion um Instrumente von wirksamen Checks-and-Balances sowie nachhaltiger *responsibility & accountability* bzw. insbesondere eine (Re)-Fokusierung auf die konstitutiven Kernelemente eines (zumindest relativ) friedlichen und gedeihlichen globalen Miteinanders.

(Status quo) Multilateralismus in a nutshell

Multilateralismus bedeutet damit – kurz zusammengefasst – politische und/oder normative Rahmen (in weiterer Folge: -prozesse und -werke), in potentiell unterschiedlicher Zusammensetzung, zur Verfolgung und Umsetzung von Interessen, *idealiter* durch (einen anzustrebenden: friedlichen) Interessensausgleich, von drei oder mehr Staaten (Seiten).

<u>Literatur (exemplarisch):</u>

- > Cheneval, F. (2011), The Government of the Peoples, New York: Palgrave Macmillan.
- > Cooper, A.F., Heine J. & Thakur R. (ed.) (2013), The Oxford Handbook of Modern Diplomacy, Oxford University Press.
- > ENCYCLOPEDIA BRITANNICA (online), www.britannica.com/print/article/2041364 (letzter Abruf: 21.09.2023).
- > Kerr, P. & Wisemann, G. (2013), Diplomacy in a Globalizing World, Oxford University Press.
- > Krause, J. (2016), Multilateralismus in einer multipolaren Welt. In: Politikum, Heft 4/2016, 5–12.
- > Kreutner, M. (2023), Multilateralism at its dead end? the forthcoming geopolitical chessboard and the necessity for the revival of diplomacy, IFIMES https://www.ifimes.org/en/researches/multilateralism-at-its-dead-end-the-forth-coming-geopolitical-chessboard-and-the-necessity-for-the-revival-of-diplomacy/5162? (letzter Abruf: 30.03.2023).
- > Keohane, R.O. (1990), Multilateralism: An Agenda for Research". In: International Journal 45(4), 73.
- > Ruggie, J.G. (1992), Multilateralism: The Anatomy of an Institution. In: International Organization, Vol. 46, No. 3 (Summer, 1992) 561–598.
- UN High-level Advisory Board on Effective Multilateralism, https://highleveladvisoryboard.org/fifth-statement-by-the-co-chairs-six-transformational-shifts/
- > Werther-Pietsch, U. (ed.) (2022), Envisioning Peace in a Time of War, Facultas (Wien).
- > Wolfe, R. (CIGI), What's new in multilateralism, https://www.cigionline.org/articles/whats-new-multilateralism/ (letz-ter Abruf: 30.03.2023).



Multilateralismus als "Ort der Unwahrheit und Gewalt"

Dass eine globale Tendenz zur Bifurkation der Weltordnung das Konzept des Multilateralismus (ML) an seine Grenzen stoßen lässt, ist schnell gesagt — eine kritische Untersuchung darf sich jedoch nicht mit dieser Feststellung zufriedengeben. Über eine (mögliche) Zukunft des ML nachzudenken, verlangt, dass wir verstehen, inwiefern dies geschieht und wie diese "Grenze" beschaffen ist.

Die Lage ist für den ML insofern schwierig, als es keinen akuten Gesprächsmangel zwischen den widerstreitenden Parteien gibt. Russland und China sind bereits Teil der internationalen Gemeinschaft und in den wichtigsten multilateralen Strukturen vertreten. Es ist lediglich der Fall, dass ihr Interesse nicht der internationalen Verständigung und Konsensfindung gilt, sondern der Möglichkeit, *innerhalb* dieser multilateralen Strukturen ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Grenzen des (bestehenden) ML sind also dadurch erreicht, dass er seinem eigenen Missbrauch *per se* nicht effektiv entgegenwirken kann.

Ehe wir nun weiterfragen können, wie wir damit umgehen sollen, müssen wir uns zunächst der Frage widmen, ob wir denn überhaupt damit umgehen dürfen: Ist das, was wir als richtige und wiederherzustellende Absicht des ML sehen, nicht vielleicht nur subjektiv, eine Meinung unter anderen, die sich vielleicht als Spielart des Konstitutionalismus charakterisieren ließe?

Konzeptuelle Freilegung durch Kritische Hermeneutik

Für die Beantwortung unserer Fragen können uns die Erkenntnisse der philosophischen Hermeneutik Modell stehen. Sie beruht zunächst auf der Einsicht, dass unser jeweiliger Horizont des Verstehens in einem sprachlich-kulturellen Kontext eingebettet und von diesem vorgezeichnet ist. Was innerhalb dieses Kontexts als wahr gilt, bildet eine implizite Hintergrundannahme unseres Verstehens. Die Existenz eines solchen Kontexts impliziert jedoch eine Art Konsens, der festlegt, was wahr ist.²⁷ Von dieser Überlegung ausgehend erforscht die Hermeneutik die Möglichkeit, jenen impliziten Konsens, der unser Verstehen vorzeichnet, zu transzendieren, um ihn einer Ideologiekritik zu unterziehen. Eine kurze Rekonstruktion des Gedankengangs soll zeigen, dass sich dieser Anspruch auch auf den multilateral erwirkten Konsens umlegen lässt.

Zunächst geht es um die Aufklärung der Frage, ob eine solche selbstreflexive, kritische Haltung eingenommen werden kann. Denn: Mit *Hans-Georg Gadamer* sei es sinnlos, dieses "gewiß kontingente Einverständnis abstrakt als falsches Bewusstsein zu verdächtigen" (*Habermas*, S. 152), weil sich diese Kritik selbst nur ausgehend von eben jenem umfassenden Traditionszusammenhang formulieren ließe. Für ihn stellt der implizite Konsens also unsere einzige Entscheidungsinstanz über das Wahre dar.

Dabei vernachlässigt er die Tatsache, dass die Faktizität eines erzielten Konsenses nichts über die Konsensfindung verrät; denn ein Konsens kann ebenso durch Gewalt und Zwang erwirkt worden sein. Genau darauf fußt das weiterführende Argument der kritischen Hermeneutik nach Jürgen Habermas: "Die Aufklärung wusste, was die Hermeneutik vergisst: Dass das 'Gespräch', das wir nach *Gadamer* 'sind', auch ein Gewaltzusammenhang und gerade darin kein Gespräch ist. [...] Der universale Anspruch des hermeneutischen Ansatzes [lässt sich] nur dann aufrechterhalten, wenn man davon ausgeht, dass der Überlieferungszusammenhang als der Ort möglicher Wahrheit und faktischen Verständigtseins zugleich auch der Ort faktischer Unwahrheit und fortdauernder Gewalt ist"²⁸ (Wellmer 1969, S. 48 f.).

Wendet man nun diesen Gedankengang auf den ML an, so lassen sich unsere Ausgangsfragen in eine völlig neue Perspektive rücken. Der universale Anspruch des ML lässt sich nur dann aufrechterhalten, wenn er zugleich als der Ort faktischer Unwahrheit und fortdauernder Gewalt begriffen wird. Das hat zwei schwerwiegende Folgen. Zunächst müssen wir eingestehen, dass der Missbrauch des ML durch Russland und China keine Korruption des ML darstellen, sondern im Rahmen seiner Möglichkeiten stattfindet. Auch dort, wo er zweckentfremdet wird, funktioniert ML. Andererseits lässt sich daraus ableiten, dass ein globales Forum denkbar, Verständigung möglich und Handlungsfähigkeit erwirkt werden kann. Die hermeneutische Kritik darf daher keinesfalls in einen Relativismus münden, der blind ist für die Gewalt, mit welcher Russland derzeit seine eigenen Interessen verfolgt. Wir stehen also vor der Aufgabe, Vorschläge für eine Form des ML zu unterbreiten, um die Gewalt, die er ermöglicht, zu beseitigen oder zu begrenzen. Nicht eher wird es möglich sein, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Multilaterales Systemdenken als Antwort

Systemdenken verbindet allgemein die Elemente und Ebenen eines Systems, um aus deren Zusammenwirken neue Problemlösungen zu generieren. Speziell in Räumen, in denen eine Vielzahl von Akteuren unterschiedliche Lösungsansätze verfolgen, kommt diesem Ansatz, ganz im Sinn von Adornos Konstellationen, daher ein Mehrwert zu. Multilaterales Systemdenken (MSD) ist ein aktiver Erkenntnisfindungsprozess im internationalen Beziehungsgeflecht, der auf Problemlösung unter größtmöglicher Inklusion von Zugängen abzielt. MSD ist der Versuch einer Antwort auf die Era of Unpeace (*Leonard* 2021) in drei Stufen: dem (multivariaten) Auffinden von Lösungen, dem Erstellen eines (unscharfen) Optionenraums in einem (offenen) Verhandlungsprozess und der Bündelung durch Axiome, die als systemimmanent gedeutet werden.

Das Theorem reiht sich damit in die Ideengeschichte des ML seit 1945 ein. Strömungen wie Universalismus, Konstitutionalisierung, Individualisierung oder die rezente Menschheitszentriertheit sind umfassende Wirklichkeitserklärungen, die dominante Transformationssätze bestimmten Epochen prägen.

Mathematisch wie physikalisch muss ein Theorem auf legitimen, wirklichkeitskompatiblen Schlussregeln beruhen. Hauptaussage des MSD ist nun, dass ML als ein solches System aufzufassen ist und seine einzelnen Elemente daher integriert betrachtet und aufeinander abgestimmt werden müssen, ohne dass dadurch eine Ergebnisgebundenheit oder Vorab-Finalität erwächst. Dieser These folgend könnte ML durch Rekurs auf grundsätzliche Ermöglichungsregeln (Axiome oder Auslegungsinstrumente), die eine konkrete Ausformung offenlassen, in ein schlichtes Netzwerk-System zurückgeführt werden.

Schlussregel und Wirklichkeit - Manifestation im UNO-System

In der 75-jährigen Entwicklung der UNO gingen aus dem Bemühen um prismatische Hereinnahme möglichst vieler (aller) Positionen mehrere Agendas hervor, etwa *Agenda vor Peace* (1992), *Agenda 2030* (2015 oder *Agenda for Humanity* (2016). Diese haben hohen Erklärungswert für das Gesamtsystem. Aufgrund ihres hohen Grads an Inklusivität und Zustimmung kommt ihnen wegweisende Bedeutung zu (authentische Interpretationen der UNO-Charta, *Werther-Pietsch* 2021). Dieser erwirkte Konsens, der ideologische Verzerrung durch Macht aufgrund der Gleichheit der beteiligten Subjekte weitgehend ausschließen kann, konstruiert im Gadamerschen Sinn jene Hintergrundannahmen und kann, zumindest für das UN-System, Gewalt als Fortsetzung Politik ausschließen.

Fußend auf den Welt-Konferenzen der 1990er Jahre, bilden sie besonders im IT-Zeitalter ein Werkzeug für einen zukunftsfähigen ML. Sie sind geeignet, multipolare Politikfelder im Aufgabengebiet des universellen ML in einem mehrstufigen Prozess entscheidungsorientiert aufzubereiten. Die Strategie *Our Common Future* 2024 ist zweifellos in diese Perspektive einzureihen. Was dem UN-System bislang fehlt, ist ein institutioneller Planungsrahmen, der die realweltliche Dynamik vorausdenkt und steuert.

Überblickt man nämlich die Handlungsstränge der letzten drei Dekaden, so wird schnell klar, dass das multilaterale Geschehen in vielerlei Hinsicht unübersichtlich und institutionell überfordert bleibt. Hat die UNO damit ein strukturelles oder gar Demokratiedefizit? Bereits 2008 hat *Grainna de Burca* in einem transnationalen Governance-Modell, aufbauend auf *Nuschelers* Weltinnenordnung, eine inklusive Weltgemeinschaft argumentiert (2008). Je mehr Player auf den ML einwirken z. B. Techno Cluster, desto drängender wird die Forderung nach klaren und einfachen Vorgaben.

Erkenntniswege in komplexen Räumen

Dies führt zur Idee einer transformativen WeltNetzOrdnung. Um Komplexitätsanforderungen zu genügen, ist ein möglichst breit aufgestellter ML, der evidenzbasiert arbeitet, das Modell der Zukunft. Diese Netzstruktur mit multidimensionalem Ansatz muss jedoch Schlussregeln einhalten, die sich aus den folgenden (impliziten) Axiomen oder Ermöglichungsregeln ableiten lassen:

- > Pluralismus, der sich in Multipolarität manifestiert,
- > Multi-Level-Game als Autonomieebenen für die einzelnen Akteure,
- > Prozessorientierung, die weitgehend wertfreies Normsetting ermöglicht sowie
- Neostrukturalismus im entscheidungsvorgelagerten Raum, d. h. behutsame Erneuerung im Bereich Governance (z. B. globales eGovernance-Zentrum als Steuerungszelle).

Literatur (exemplarisch):

- De Burca, G. (2008), Developing Democracy Beyond the State, Columbia Journal of Transnational Law Vol. 46
 No. 2, 221–278.
- > Kissinger, H. (2014), Weltordnung, Penguin.
- Koskenniemi, M. (2005), From Apology to Utopia, The Structure of International Legal Argument, Reissue with a New Epilogue, Cambridge: Cambridge University Press.
- > Koskenniemi, M. (2004), The Gentle Civilizer of Nations, Cambridge University Press/Cambridge.
- > Leonard, M. (2021), The Era of Unpeace. How Connectivity Causes Conflict, London: Bantam.
- > Peters, A. (2009), Humanity as the A and O of Sovereignty, European Journal of International Law Vol. 20 Nr. 3 (2009) 513–544.
- > Slaughter, A.-M. (1997), The Real New World Order, Foreign Affairs 76 (1997).
- > Thürer, D. (2011), Völkerrecht als Fortschritt und Chance Grundidee Gerechtigkeit, Band 2, Dike (Zürich CH).
- > Werther-Pietsch, U. und Brunner, M.-A. (2020), Zukunftsmanagement und Politikberatung, AIES Focus Paper 7/2020, https://www.aies.at/publikationen/2020/fokus-20-07.php (letzter Abruf: 22.08.2023).
- *Werther-Pietsch, U.* (2022), *Transforming Security*, Springer.



NSM Paper 3: Multilateralismus als Antwort zur Klimakrise *Michael Staudinger*²⁹

Vier Faktoren kennzeichnen die mehrdimensionale Problematik der Klimakrise

- 1. Herausforderungen der Auswirkungen kennen keine nationalen Grenzen, sie sind zeitlich und räumlich mit anderen Krisen nicht vergleichbar und wirken sich generationenübergreifend aus (Buhaug 2022).
- 2. Die Stärken und Schwächen des Systems internationaler Beziehungen wurden bei den Verhandlungen des VN Klimarats sichtbar: Die am stärksten betroffenen Länder und Regionen sind gleichzeitig jene, die weder historisch noch aktuell Verursacher der Krise sind.
- 3. Die Grenzen internationaler Rahmenwerke liegen in der derzeit fehlenden Verbindlichkeit der bisher ausgehandelten Zusagen. Die Chancen innerhalb dieser Rahmenwerke dennoch zu Lösungen zu kommen, bestehen im wachsenden Bewusstsein einer Gruppe von Ländern und Akteuren, dass auf Grund globaler Verflechtungen in Zukunft alle Länder extrem stark betroffen sein werden (IPCC 2022).
- **4.** Ein Beispiel einer gelungenen Koalition von Akteuren ist die Finanzierung eines gemeinsamen meteorologischen Beobachtungssystems, das Frühwarnungen ermöglicht, die die Schäden in Zukunft zumindest teilweise minimieren können.

Das Konzept Gemeingut Klima als Basis für erfolgreiche multilaterale Verhandlungen / Aktionen

- > Ein stringent konzipiertes Verursacherprinzip basierend auf historischen, bestehenden und zukünftigen Emissionen von Treibhausgasen ist in der Lage Verantwortlichkeiten sowohl ideell als auch finanziell zu formulieren.
- > Eine über Generationen hinweg kalkulierte Kostenwahrheit macht es möglich zukünftige Schäden mit den heute notwendigen Maßnahmen zur Emissionsminderung abzugleichen.
- Die Atmosphäre und das Klima als Gemeingut zu betrachten, entspricht sowohl der physikalischen Realität, als auch monetären Notwendigkeiten zur Bewältigung der Klimakrise.
- > Eine genaue Analyse der Interessenslagen der einzelnen Akteure erlaubt es, Strategien zu entwickeln, die die Summe der gemeinsamen Interessen möglichst gut abbilden.
- > Das Monitoring der zu treffenden Maßnahmen mit entsprechenden Adaptierungen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor zur Bewältigung der Klimakrise.

Literatur (exemplarisch):

- Buhaug, H. (2022), Climate Risk Management, https://doi.org/10.1016/j.crm.2022.100471 (letzter Abruf: 01.04.2023).
- > IPCC (2022), Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. The Working Group II contribution to the Sixth Assessment Report. Intergovernmental Panel on Climate Change, Geneva CH.



Die Erosion der Demokratie und die Wiederkehr des Autoritarismus

Die Auswirkungen des systemischen Wettbewerbs zwischen Washington und Peking reichen über den diplomatischen und wirtschaftlichen Bereich hinaus bis in das Gefüge globaler politischer Strukturen und die sie untermauernden Normen. Mit dem Aufstieg Pekings wird ein Regierungsmodell gefördert, das die von der westlichen Welt traditionell vertretenen liberalen demokratischen Werte in Frage stellt. Dies stellt nicht nur eine direkte ideologische Bedrohung für die liberale westliche Ordnung dar, sondern bietet auch eine ansprechende Alternative für andere autoritäre Regime und möglicherweise für jene Gesellschaften, die von ihren demokratischen Systemen enttäuscht sind.

Chinas Bilanz in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Behandlung von prodemokratischen Aktivisten in Hongkong und Uiguren in Xinjiang, bietet ein eindrückliches Beispiel für dieses autoritäre Modell. Unterdessen unterstreichen die mutmaßlichen Absichten Chinas in Bezug auf Taiwan sein Potenzial, die regionale Ordnung zu destabilisieren. Darüber hinaus verbündet sich Russland, das selbst eine Reihe von geopolitischen Verfehlungen aufweist, mit China und bemüht sich gemeinsam, die globale Ordnung zu stören und gemäß ihren Normen und Werten umzugestalten.

Gefahr für multilaterale Institutionen

Institutionen wie die Vereinten Nationen, die in einer Ära entstanden sind, in der westlich-liberale Normen vorherrschten, stehen nun vor beispiellosen Herausforderungen. Die wachsende systemische Rivalität zwischen den USA und dem chinesisch-russischen Bündnis wirkt sich direkt auf das Funktionieren dieser Institutionen aus, insbesondere auf den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC). Immer häufiger nutzen China und Russland diese Plattformen, um die bestehende globale Ordnung zu stören, ihre multilateralen Strukturen zu beeinträchtigen und ihre eigene Version des ML zu fördern.

Die Bifurkation von Allianzen

Gleichzeitig erlebt die internationale Gemeinschaft die Bildung neuer regionaler Machtzentren. Während die mittelgroßen Mächte zwischen Washington und Peking schwanken, sehen wir ein aufkommendes Muster von Allianzen und Partnerschaften, die oft mehr durch geopolitische Zweckmäßigkeit als durch ideologische Affinität bestimmt werden. Hier ist es angebracht, die Worte von Lord Palmerston zu zitieren, der behauptete, es gebe weder ewige Verbündete noch ewige Feinde, sondern nur ewige und immerwährende Interessen. Dieses Prinzip scheint die geopolitischen Dynamiken der aktuellen Ära zu bestimmen und führt zu unvorhersehbaren Akteurskonstellationen und Umgestaltungen.

Globale Institutionen wie BRICS, AIIB, SCO und Handelsblöcke wie RCEP (ohne wichtige westliche Mächte) zeigen Chinas wachsenden Einfluss. Als Reaktion darauf sucht die USA nach Gegenmaßnahmen, wie etwa in ihrer Sicherheitszusammenarbeit mit Australien und dem Vereinigten Königreich in der Indo-Pazifik-Region (AUKUS, auch Quad mit Indien, Japan und Australien).

Die fragmentierte Reaktion des Westens

Aus Sicht der Autorin ist die Reaktion des Westens auf diese Entwicklungen eher von Fragmentierung als von Einigkeit geprägt. Die USA und ihre europäischen Partner scheinen bei der Bewältigung der chinesisch-russischen Allianz nicht auf derselben Seite zu stehen. Diese Fragmentierung erstreckt sich sogar auf Schlüsselverbündete wie Frankreich, das sich durch die unkoordinierte Ankündigung des AUKUS-Pakts verraten fühlte. Darüber hinaus deutet die unabhängige Ankündigung der EU des *Global Gateway*-Projekts gegen Chinas BRI, ohne dies mit den USA abzustimmen, auf eine wachsende Kluft innerhalb des westlichen Blocks hin.

Ein Silberstreifen am Horizont war das G7-Gipfeltreffen in Hiroshima, bei dem die westlichen Mächte sich darauf geeinigt haben, resolute Maßnahmen gegen China und Russland zu ergreifen. Angesichts der zunehmenden Konkurrenz von autoritär regierten Ländern wie Russland und China rücken die Staaten der G7 näher zusammen. Während ihres dreitägigen Gipfels in Hiroshima/Japan haben sie sich entschlossen, die Abhängigkeiten ihrer Volkswirtschaften von China zu verringern, neue Technologien zu fördern und politischen Druck abzuwehren. Neue Sanktionen gegen Russland wurden angekündigt.

Die G7-Staaten haben den Schwellen- und Entwicklungsländern mehr zu bieten als China und Russland. Viele Länder des globalen Südens haben bereits negative Erfahrungen mit China gemacht, insbesondere durch den Eingang chinesischer Kredite, die sie in eine Schuldenkrise geführt haben. Russlands Hauptangebot an diese Länder besteht hauptsächlich aus Waffen und Söldnerdiensten.

Die G7-Staaten setzen darauf, die Attraktivität ihrer wirtschaftlichen, technologischen und politischen Modelle zu erhöhen, um die aufstrebenden Länder vom autoritären Modell Chinas und Russlands abzulenken. Sie setzen auf eine Kombination aus Wirtschaftsanreizen, politischem Dialog und technologischer Zusammenarbeit, um den wachsenden Einfluss von China und Russland in den Entwicklungsländern einzudämmen. Das Vorgehen der G7 ist ein wichtiger Schritt, um eine faire und transparente globale Ordnung aufrechtzuerhalten, die sich an den Interessen und Bedürfnissen aller Länder orientiert.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der systemische Wettbewerb zwischen dem Westen und der chinesisch-russischen Allianz die globale Ordnung erheblich verändert. Er verändert politische Normen, stört multilaterale Institutionen und führt zur Bifurkation von Allianzen. Darüber hinaus verschärfen die fragmentierten Reaktionen des Westens diese Herausforderungen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Westen sich neu gruppiert, ein gemeinsames Verständnis entwickelt und eine einheitliche Strategie zur Bewältigung dieser aufkommenden globalen Ordnung formuliert.

Schließlich sind China und Russland daran interessiert, einen Ansatz des "Todes durch tausend Schnitte" auf die westliche, regelbasierte Ordnung anzuwenden, um den globalen Einfluss Amerikas zu untergraben. Dies geschieht, während sie intensiv regionale Netzwerke und Organisationen mit Ländern des Globalen Südens aufbauen, um den Westen in Bezug auf Narrative, Ziele und Interessen zu isolieren. Sie haben erfolgreich den Übergang von Normen-Empfängern zu Normen-Setzern auf dem globalen Spielfeld des Völkerrechts vollzogen. Dieser doppelte Ansatz, der einerseits auf die Erosion der bestehenden Ordnung und andererseits auf den Aufbau einer eigenen, auf ihren Interessen basierenden Struktur abzielt, wird voraussichtlich auch in Zukunft von China und Russland angewendet. Es unterstreicht die Notwendigkeit für den Westen, seine Strategie zur Aufrechterhaltung einer gerechten und transparenten globalen Ordnung neu zu bewerten und anzupassen.

Weiterführend:

> Tchakarova, V. (2022), Bifurcation of the Global System, in: Werther-Pietsch, U. (Hg.), Envisioning Peace in a Time of War, Facultas (Wien), 41–56.



Der russische Krieg in der Ukraine zeitigt auch größere geopolitische Konsequenzen. Die Welt befindet sich in einer Großmächtekonkurrenz zwischen den USA, China und Russland. Großmächte versuchen, ihre Einflusszonen zu behalten oder gar auszuweiten, und sie reagieren nervös, wenn sich eine andere Großmacht ihren Grenzen nähert.

Das Sicherheitsdilemma

Entscheidungen über Sicherheit und Bündnismitgliedschaft haben Konsequenzen für andere Akteure. Jede Seite gibt vor, defensiv zu handeln. Die anderen Akteure nehmen diese Handlungen entsprechend des Prinzips des Sicherheitsdilemmas oft als offensiv. Wenn Raketen in einem Land stationiert werden, werden sie, trotz vielleicht gegenteiliger Beteuerungen, von anderen als Offensive empfunden. Es gibt eine Eskalation der Rhetorik. Aggression wird vermutet. Das Sicherheitsdilemma kann bis zu einem Krieg eskalieren. Die Entscheidung Kubas 1962, sowjetische Raketen auf seinem Territorium zu stationieren, löste scharfe Reaktionen der USA aus.

Typologien von Polarisierung

In den verschiedenen Phasen in der Nachkriegszeit gab es unterschiedliche Typologien von Polarisierung. Nach dem Ende Bipolarität, geprägt durch die Militärbündnisse NATO und die Warschauer-Pakt-Organisation (WTO), gab es – so der Politologe der realistischen Schule *Charles Krauthammer* – ein "unipolares Moment" (*Krauthammer* 1990/1). In dieser Phase der angenommenen Unipolarität blieb die NATO unter der Führung der USA als alleiniges Militärbündnis übrig. Diese Periode war aber keineswegs friedlich, wie die Kriege in Kuwait 1991–1992, auf dem Balkan in den 1990er Jahren, in Afghanistan nach 2001 und im Irak 2003 zeigen. Daten belegen, dass diese kurze Phase der Unipolarität diejenige war, in der es seit 1776 die meisten Militärinterventionen der USA gegeben hat *Kushi* 2022). Es kann also keine Rede von einem "hegemonialen Frieden" sein. Das unipolare Moment währte nur kurze Zeit, auch wenn es teilweise in den Köpfen der US-Regierungen bis heute andauert.

Danach prägte die realistische Schule den Begriff der Multipolarität. Multipolarität war in der Geschichte mit Polarisierung und Krieg verbunden, wenn man die Perioden vor den beiden Weltkriegen betrachtet. Ähnliche Ideen drücken die Begriffe "Post-American World" oder "the Rise of the Rest" aus. Multipolarität ist unter den gegenwärtigen globalen Trends ein Euphemismus. Es geht um eine Tripolarität. Die US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen³² sprechen von einer Großmachtkonkurrenz. So würden die rivalisierenden Mächte China und Russland die USA in vielen Teilen der Welt herausfordern. Mit dem russischen Krieg in der Ukraine verändert sich diese Konstellation. So wird Russland mit Ausnahme seiner Nuklearwaffen aus der Großmachtkonkurrenz herausfallen. Das Ergebnis wird eine neuerliche globale Bipolarität sein, nun zwischen den USA und China (Maersheimer 2023).

Charakteristika der Polarisierung

Polarisierung hat immer zwei Charakteristika: Ideologie und Bündnisbildung.

Im Kalten Krieg gab es die ideologische Konfrontation zwischen liberaler Marktwirtschaft und Staats-kommunismus. Joseph Bidens Idee der Allianz von Demokratien gegen Autokratien ist ein Beispiel für die gegenwärtige ideologische Polarisierung. Sie versucht, eine globale Bündnis- und Blockbildung herzustellen. Wie alle Ideologien ist sie unehrlich. So gehören die autokratisch regierten Staaten Saudi-Arabien, Ägypten, Vietnam oder die Philippinen von Rodrigo Duterte und das Indien von Narendra Modi zu

dieser Allianz, wenn es um geopolitische Interessen geht. Hier gilt das Primat der Geopolitik vor dem Idealismus. Chinas Seidenstraßeninitiative hat eine Soft Power-Kapazität, die über wirtschaftliche Interessen hinausgeht und Lebensqualität verbessern kann. Russland dagegen hat keine attraktive Ideologie anzubieten. Der Kampf gegen Nazismus, die Russifizierung oder historische Reminiszenzen von Peter dem Großen besitzen kaum Anziehungskraft.

Neben bereits existierenden Bündnissen wie der NATO oder auch der Kollektiven Sicherheitsorganisation (CSTO) wurden auch neue von unterschiedlicher Dichte gegründet: Das australisch-britisch-amerikanische Bündnis (AUKUS) sowie die asiatische Quad, bestehend aus den USA, Indien, Japan und Australien, richten sich gegen die angenommene chinesische Bedrohung. Die Abraham-Accords wiederum sind ein entstehendes Bündnis von Israel und einigen arabischen Staaten, das sich gegen den Iran richtet. China unterhält keine Bündnisse, baut aber ein globales Netzwerk von Partnern auf, wobei die Seidenstraßeninitiative ein wichtiges Instrument ist. Hierbei handelt es sich um eine Vielzahl von bilateralen Beziehungen, die für China multilateralen Charakter haben. Diese sind keine Zwangsbeziehungen, sondern freiwillige Teilnahmen, wobei aber auch Abhängigkeiten entstehen oder ausgenützt werden können. China dominiert auch die Shanghai-Kooperation-Organisation, die aber noch keinen Bündnischarakter besitzt. Russland wiederum hat außer der Nachfolgeorganisation des Warschauer Paktes, der CSTO, keine funktionierenden Bündnisse. Russland hat aber Verbündete in Afrika, im Mittleren Osten und Lateinamerika. Jedoch sieht es seine Großmachtposition im Westen durch die NATO-Erweiterung und im Osten durch den chinesischen Einfluss mit der Seidenstraßeninitiative gefährdet. Deshalb glaubt Russland, es könne mit dem Krieg gegen die Ukraine wenigstens seinen Einfluss im Westen wahren. So versteht Russland seine "Militäroperation" in der Ukraine als Kampf gegen die Unipolarität.³³

Ausblick: Alternativen zu einem neuen Eisernen Vorhang

Es zeichnet sich ab, dass sich von der Arktis bis zum Schwarzen Meer ein neuer Eiserner Vorhang, ein Cordon Sanitaire, senken wird, der weit über Putins Amtszeit hinaus bestehen wird. Mit diesem neuen Kalten Krieg wird Europa allein bleiben, während die USA sich auf China in der neuen globalen Bipolarität konzentrieren wird. Um eine derartige permanente Teilung Europas zu verhindern, muss Europa Alternativen entwickeln.

Für die Zeit nach dem Krieg kann eine große internationale Sicherheitskonferenz angedacht werden, ähnlich wie die der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki 1975. Die Idee ist, ein System gemeinsamer Sicherheit zu schaffen, in der Sicherheit als unteilbar angesehen wird. Dieses System wäre ein Gegenmodell zum Sicherheitsdilemma. Ein weiteres Modell könnte eine Konferenz der Staaten – ähnlich dem Wiener Kongress nach 1815 – sein, die eine Neuausrichtung der sicherheitspolitischen Ordnung für eine neue Stabilität verhandelt. Sicherheit kann durch die Reduktion von Bedrohung und nicht nur durch die Vergrößerung von militärischen Kapazitäten hergestellt werden. Die Alternative wäre eine Blockbildung wie im Kalten Krieg, die das Denken über Jahrzehnte blockierte.

Literatur (exemplarisch):

- > Kushi, S. und Duffy Toft, M. (2022), Introducing the Military Intervention Project: A New Dataset on US Military Interventions 1776–2019. https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/00220027221117546 (letzter Abruf: 25.04.2023).
- > Krauthammer, C. (1990/1991), The Unipolar Moment. Foreign Affairs 70, no. 1, 23–33, http://www.jstor.org/stable/20044692 (letzter Abruf: 25.04.2023).



Stichworte zu menschlicher und kooperativer Sicherheit

Nach dem Ende des Kalten Kriegs kam ein neues Verständnis auf, das die Zusammenarbeit unter einer Vielzahl von Akteuren und den Einbezug von multilateralen Plattformen und Institutionen betonte, um globale Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen. Der Sicherheitsbegriff wurde über den traditionellen staatszentrierten Fokus auf den Schutz des Einzelnen ausgeweitet. Dies geschah nicht zuletzt auch, um eine Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Kriegs zugunsten der Entwicklungsfinanzierung einzufordern. Das Konzept der menschlichen Sicherheit schloss neu den Schutz des Einzelnen vor bewaffneter Gewalt, übertragbaren Krankheiten oder Armut mit ein.

Die menschliche Sicherheit beruht auf drei Kategorien, die über die Zeit von der Policy Unit von UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) entwickelt worden sind: Der Freiheit von Angst (*«freedom from fear»*: bewaffnete Gewalt, Konflikt, Verbrechen), der Freiheit von Not (*«freedom from want»*: Gesundheit, Ernährung, Bildung, Einkommen) und schließlich deutlich später der Freiheit von Demütigung (*«freedom from indignity»*: Minderheitenrechte, Geschlechtergleichberechtigung und weitere Menschenrechte). Die Bilanz der Wirkungsgeschichte des Konzepts der menschlichen Sicherheit ist durchzogen: Politisch hatte in erster Linie das auf die Freiheit vor Angst fokussierende Verständnis von menschlicher Sicherheit Durchschlagskraft. Auch weil es von einer Gruppe von 13 Ländern, dem Human Security Network, stark gefördert wurde. So trug es maßgeblich zur Antipersonenminen-Konvention, zum Kindersoldaten-Zusatzprotokoll, UN Tracing Instrument für Kleinwaffen oder dem Arms Trade Treaty bei.

Im Vergleich dazu ist die Kooperative Sicherheit ein sehr viel früherer Versuch, ein umfassendes Sicherheitsverständnis in Europa zu schaffen. Der 1972 lancierte Helsinki-Prozess führte zum Schlussabkommen von Helsinki im Jahr 1975, welches zehn Prinzipien des zwischenstaatlichen Verhaltens im Sicherheitsbereich definierte. Dies schuf die Grundlage für ein umfassendes Konzept der Sicherheit, das neben politisch-militärischen auch wirtschafts- und umweltpolitische Aspekte sowie die menschliche Dimension von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie umfasste. Die Prinzipien der UNO-Charta und die Friendly Relations Declaration (FRD) 1974 detaillierend, legt es den völkerrechtlichen Konsensus vierzig Jahre nach der Gründung des bis heute universell gültigen ML-Regimes dar. Spätere Entwicklungen, wie die großen Agendas sind darin noch nicht enthalten. Der Helsinki-Dekalog löst jedoch nicht das Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Prinzipien der europäischen Sicherheit, Souveränität und Selbstbestimmung oder Unteilbarkeit der Sicherheit und Recht auf freie Allianzbildung. Hier sind neue Antworten nach Ende des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine notwendig.

Ab der Jahrtausendwende wurde das Konzept der kooperativen Sicherheit mehr und mehr zurückgedrängt. Heute – erst recht nach dem 24. Februar 2022 - wird die europäische Sicherheitsordnung von der Abschreckungsdoktrin (*Deterrence*) beherrscht und das dürfte in den kommenden Jahren auch so bleiben. Die Verteidigungsbudgets steigen steil an und führen uns zu einem weiteren Wettrüsten im konventionellen und nuklearen Bereich. Die institutionelle Verankerung der kooperativen Sicherheit, die OSZE, befindet sich momentan im perfekten Sturm.

Irgendwann wird jedoch der Moment kommen, an welchem wir wieder zu einer Sicherheitsordnung zurückfinden wollen, die nicht ausschließlich auf Konfrontation ausgerichtet ist und wir Elemente der kooperativen Sicherheit wiedereinführen wollen. Dies bedingt den politischen Willen der Schlüsselakteure der europäischen Sicherheit. Dies schließt den Willen der Russischen Föderation ein, Völkerrecht und international vereinbarte Regeln wieder respektieren zu wollen.

Klar ist, dass praktisch alle heutigen Sicherheitsherausforderungen – vom Klimawandel, organisierter Kriminalität, Cybersicherheit bis hin zu den neuen, potentiell disruptiven Technologien - einschließlich der Möglichkeit bewaffneter Konflikte grenzüberschreitender Natur sind und nur in internationaler Kooperation bewältigt werden können. Die Perspektive der menschlichen Sicherheit würde die politischen Sinne schärfen für eine zeitgemäße sicherheitspolitische Agenda und die Notwendigkeit, diese im Dialog, Gespräch und in Kooperation anzugehen.

Weiterführend:

• Greminger, T. und Wiegmann, J. (2022), The Future of Human Security, in: Werther-Pietsch, U (Hg.), Envisioning Peace in a Time of War, Facultas (Wien), 81–98.



Hintergrund und Basisverständnis

Zu Beginn ist es wichtig, im Debattenrahmen der internationalen Beziehungen und in Zeiten fragiler Demokratien eine Positionsbestimmung zu unternehmen und Räume für Konflikt*transformation* zu identifizieren.

In unserem Verständnis ist Konflikt – verstanden als Interessensdivergenz – allgegenwärtig, oft notwendig und, wenn gut bearbeitet, produktiv. Produktives Konflikthandeln erfordert an Krisenpunkten tiefgreifende Veränderungen (=Transformation), die Beziehungen, Strukturen und Prozesse, Handeln, Haltungen, Institutionen und Normen umfassen (progressive Konflikttransformation, Berghof Glossary 2019, S. 146). Konflikttransformation kann aus dieser Sicht am besten gelingen, wenn die unmittelbar und mittelbar Betroffenen eine Möglichkeit haben, die Veränderungen mit zu beeinflussen und nachzuvollziehen. Darüber hinaus geht es bei systemischer Konflikttransformation darum, nach konfliktverschärfenden und -verbreiternden sowie friedensfördernden Kräften zu suchen. Das Ziel solchen Systemdenkens ist es nicht, das Bestehende zu stabilisieren, sondern die inneren Systemressourcen für eine gewünschte Veränderung zu mobilisieren: "Systemic thinking is more of a mindset than a specific, narrow set of methods and tools. It is an approach that tries to consider how multiple factors are interacting to produce outcomes in a given dynamic situation such as a conflict environment." (Berghof Manual 2023, internes Dokument; vgl. NSM Paper 2).

Hier ergibt sich eine Anbindung an die Netzgedanken des Wiener Denker:innenkreises, und auch eine Nähe zum Topos der "Infrastrukturen für den Frieden", die – demokratiestärkend – vertikale Beziehungen zwischen Menschen und Entscheidungsträgern stärken müssen.

Problemanalyse

Damit gerät die Verbindung von fragilen Demokratien und transformativer Friedenskonsolidierung in den Blick. Dies knüpft an das NSM-Schlussdokument an, wonach "Demokratie aber in erster Linie nach innen funktionieren [muss], die Nähe zum Betroffenen ausschlaggebend für die Erfahrung von Demokratie [ist]. Hier bleiben die Staaten primärverantwortlich. Mangelnde Pluralität im Inneren spiegelt das bedrohte Prinzip der Multipolarität in der Außensphäre. Der Ausweg liegt im Aufbau gesellschaftlicher Kohäsion und in der Öffnung des ML für nichtstaatliche Akteure durch schrittweise Einbindung in die globale Legislative."

Die Fragilität der Demokratien im europäischen Kontext ist- um mit Kemmesis und Kollegen zu sprechen – als Ausdruck einer nicht mehr ausreichenden sozialen Verregelungskompetenz des Staates zu lesen; bei der aber gleichzeitig noch keine ausreichenden Räume gefunden worden sind, um arbeitsteilig mit neuen, zivilgesellschaftlichen Akteuren zu besseren und gestaffelten ('subsidiären') Regelungsformen zu kommen. "The power of democracy is the space it allows for all voices during decision making" schreibt *Veronique Dudouet* zur Arbeit mit einem Forschungskonsortium, in dem es darum geht, die Demokratieförderung der EU zu untersuchen und zu verbessern.³⁶

Die Krisenanalyse der fragilen Demokratie nach innen – von der wir annehmen, dass sie nach außen in die multilateralen Systeme verschärfend und delegitimierend wirkt – ist holzschnittartig wie folgt:

- Zunehmende Institutionenskepsis und -delegitimierung (in D, z. B., steigt die Zahl derer, die in Umfragen Einstellungen zeigen, die den derzeitigen Ausprägungen der repräsentativen Demokratie gegenüber distant sind, und auch die Zahl der als politische Systemfeindlichkeit einzustufenden Straftaten steigt stetig an; kommunale Amtsträger:innen berichtet von zunehmender Hassrede und Einschüchterung, besonders unter Frauen, siehe Kemmesies et al., MOTRA Monitor 2021);
- Krisen des Bildungs-, Einkommens- und Berufssektors (In D fallen knapp 40 Prozent der
 4. Klässler unter die Rechtschreib- und Lesestandards zurück; Lehrpersonal sieht vielfach das Schulsystem vor dem Kollaps; ähnliches wird aus dem Gesundheitssystem berichtet);
- Überforderung durch die zunehmende Diversität von erlebbarer Gesellschaft (sowohl durch Arm-Reich Scheren, Migration und Flüchtende, aber auch Entwicklungen wie die in Deutschland jüngst eingeführte Feministische Außen/Entwicklungspolitik);
- Überforderung durch Systemkrisen (allen voran die Klimakrise, die fundamentales Umdenken überlebensnotwendig werden lässt, was aber ungewollte Änderungen des eigenen Lebensstils nach sich zöge siehe Katja Berlins Torten der Wahrheit "Aber nicht das" oder den Film Dont Look Up);
- Einhergehend mit schockierend geringen Einschätzungen der Selbstwirksamkeit (jüngst Umfrage mit ca. 80 Prozent deutscher Jugendlicher, die das Gefühl benennen, wenig oder gar nicht durch eigenes Handeln Einfluss auf politisches Geschehen nehmen zu können);
- > Einhergehend mit der Amplifizierung durch digitale Technologien, die zudem von Informationsüberflutung und Inkohärenz / Ungerechtigkeitsbeispielen geprägt ist.

Diese Megakrise trifft auch das Feld der Friedensförderung und der Konflikttransformation. Die Antwort muss grundlegend eine transformative Friedenskonsolidierung sein, die Selbstwirksamkeit, Gemeinschaft und Gewaltfreiheit sowie gemeinsame Interessenpriorisierung und -aushandlung in den Mittelpunkt stellt. Regeneration, Detoxification und Prävention sind dabei zentrale Stichworte.

Sieben transformative Vorschläge

Hierauf aufbauend können aus Sicht der Autorin sieben Vorschläge für eine vertikal vernetzte transformative Friedenskonsolidierung formuliert werden:

- 1. Investieren in Education, Education, (*Peace*) Education: Was in der Gesellschaft schiefläuft, läuft auch in den Schulen schief. Hier muss massiv in (Social) Media Literacy and Critical Thinking investiert werden, aber auch (wieder) erste Erfahrungen empathischer und problemlösungsorientierter diverser Gemeinschaft möglich gemacht werden.
- Vertrauensbildende Maßnahmen Zugehörigkeit für marginalisierte Gruppen muss neu und gleichberechtigter gestaltet und von Institutionen und Amtsinhabern (inkl. politischer Parteien) gesichert werden; hier helfen Methoden zur Friedenskonsolidierung (tradiert und auch weiterentwickelt) rund um Dialog, Mediation, Verhandlungsführung;
- 3. Aufgrund der Emotionalisierung von Debatten ist es wichtig, konkrete Erfahrbarkeit von politischen Prozessen im unmittelbaren Lebensumfeld zu stärken und zu verbessern Städte und Regionen werden hier zu essenziellen Akteuren, die eine eigenständige multilaterale Netzwerkbildung bereits vorleben (z. B. wird Wiederaufbau in der Ukraine zum Teil via Partnerstädte organisiert und abgewickelt). Dabei müssen Inklusivität und Partizipation zum zentralen Leitprinzip werden.
- 4. Vom othering zu our business. Es soll eine Abkehr von Friedensförderung und Konflikttransformation als nach außen gewandtes Programm für Krisenstaaten/Fragile States geben, anders gesagt, es muss die Anerkennung der Krisenanfälligkeit/Krisenhaftigkeit der eigenen Staaten erfolgen. "We are Bringing Peacebuilding Home", d. h. hier müssen Kapazitäten auf- und ausgebaut und mit finanziellen langfristigen Ressourcen ausgestattet

- werden. Dieses muss sich in der Tat manifestieren in verstärktem Ineinandergreifen von praxisorientierter Forschung und wissenschaftsbasierter Politik.
- 5. Ein neuer Multilateralismus wird stärker auf flexible, ad hoc-Partnerschaften und Bündnisse setzen als auf permanente, globale Organisationen (wobei diese als Normhüllen ihren Wert behalten bzw. neu erarbeiten können, siehe u. a. Interpeace, Principles for Peace 2023: Solidarität, Würde, Bescheidenheit, gestärkte Legitimität, Subsidiarität, Pluralismus, Sicherheit).
- 6. Zusammenarbeit gestaltet sich ausgerichtet an Themen, die von gemeinsamem Interesse oder gemeinsamer Bedeutung sind. Themenbündnisse sind besonders im Bereich Klimawandel, Ressourcenmanagement und Migration zu erwarten und müssen geschlechtergerecht gestaltet werden.
- 7. Auf lokaler und regionaler Ebene sollten kontextspezifische 'Infrastrukturen für Frieden' gefördert werden, die jeweils schneller und passgenauer agieren können, und auch das Legitimitätsgefällte von derzeitigen internationalen Organisationen adressieren könnten (*Murithi* 2023).

So kann es möglich sein, von Grund auf neue und lebendige multilaterale Räume für Debatten und themenbezogene Partnerschaften durch gemeinsames Handeln schaffen.

Transformative Friedenskonsolidierung in einer komplexen Zeit bedeutet, einen multidimensionalen Ansatz zu verfolgen, der politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dimensionen durch die Koordinierung und Zusammenarbeit verschiedener Akteure zwischen Regierungen, internationalen Organisationen, regionalen Einrichtungen, der Zivilgesellschaft und lokalen Gemeinschaften berücksichtigt. Von besonderer Bedeutung erscheint, diesem neuen Multilateralismus, der WeltNetzOrdnung, einen vertikalen Anker in der Lebenswirklichkeit der Menschen in politischen Systemen rund um den Globus zu ermöglichen.

<u>Literatur (exemplarisch):</u>

- **>** BERGHOF FOUNDATION (Hg.) (2019), Berghof Glossary on Conflict Transformation and Peacebuilding. 20 Notions from Theory and Practice. Berlin, Berghof Foundation, https://berghof-foundation.org/library/berghof-glossary (letzter Abruf: 27.06.2023).
- > BERGHOF FOUNDATION (Hg.) (2023), The Berghof Approach. A Manual. Berlin, Berghof Foundation, März 2023. Internes Dokument.
- INTERPEACE, Principles for Peace Initiative, https://principlesforpeace.org (letzter Abruf: 27.06.2023).
- > Kemmesies, U. et al. (Hg.). MOTRA-Monitor 2021, Wiesbaden.
- > Kemmesies, U. & K. Weber (2019), Frieden und Deradikalisierung, in: Handbuch Frieden, hg. von Hans J. Giessmann & Bernhard Rinke u. M. v. Andreas Schädel. Springer, Frankfurt a.M., 319–329.
- > *Murithi, T.,* Order of Oppression, Africa's Quest for a New International System, in: Foreign Affairs, May/June 2023, ohne Seiten, https://www.foreignaffairs.com/africa/global-south-un-order-oppression?utm_medium=social&utm_source=twitter_posts&utm_campaign=tw_daily_soc (letzter Abruf: 27.06.2023).

- Siehe NSM Paper 1 *Martin Kreutner*, Was ist Multilateralismus.
- ² Leonard, M. (2021), The Era of Unpeace. How Connectivity Causes Conflict, London: Bantam.
- ³ V-dem Göteborg (2022), Global State of Democracy Report 2022, IDEA Stockholm 2023.
- ⁴ *Kemp, W.* (2022), Strengthening Cooperation in International Relations, in: *Werther-Pietsch, U.* (Hg.), *Envisioning Peace in a Time of War*, Facultas (Wien), 155–161.
- ⁵ Siehe NSM Paper 2 *Ursula Werther-Pietsch* und *Florian Weinreich*, Multilaterales Systemdenken.
- ⁶ Siehe NSM Paper 3 *Michael Staudinger*, Multilateralismus als Antwort zur Klimakrise.
- ⁷ Siehe NSM Paper 4 Velina Tchakarova, Zweiteilung der Welt?; NSM Paper 5 Heinz Gärtner, Auswege.
- ⁸ Siehe NSM Paper 6 *Thomas Greminger*, Sinne schärfen; NSM Paper 7 *Bea Austin*, Transformative Friedenskonsolidierung.
- ⁹ Siehe NSM Paper 1 *Martin Kreutner*, Was ist Multilateralismus.
- ¹⁰ Siehe NSM Paper 2 *Ursula Werther-Pietsch* und *Florian Weinreich*, Multilaterales Systemdenken.
- ¹¹ Siehe NSM Paper 3 Velina Tchakarova, Zweiteilung der Welt?
- ¹² Siehe NSM Paper 4 Heinz Gärtner, Auswege.
- ¹³ Schütt, R. (2021), Hans Kelsen's Political Realism, Edinburgh University Press.
- ¹⁴ Messner, D und I. Scholz (2004), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Baden-Baden: Nomos
- ¹⁵ *Ipsen, K.* (2018), *Völkerrecht*, 7. Auflage, München: C.H. Beck
- ¹⁶ Ricart, R. E. J. (2022), A Response to the "Age of Unpeace", in: Werther-Pietsch, U. (Hg.), Envisioning Peace in a Time of War, Facultas (Wien), 139-153.
- V-dem Göteborg (2022), Global State of Democracy Report 2022, IDEA Stockholm 2023; Freedom House Washington; OECD Report on ODA by Regime Context 2023, OECD States of Fragility Report, periodisch, www.oecd.org, EU Democracy Action (im Erscheinen); Mitteilung der Kommission an das EP und den Rat, Strategische Vorausschau 2021 Die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU, COM(2021) 750 final vom 8.9.2021.
- Guriev, S. und Treismann, D. (2023), Spin Dictators: The Changing Face of Tyranny in the 21st Century, Princeton University Press.
- Ratkolb, O. (2008), Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert, Forum Politische Bildung Informationen zur Politischen Bildung Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien, https://www.demokratiezentrum.org/wp-content/uploads/2022/10/rathkolb_demokratieentwicklung.pdf (letzter Abruf: 21.09.2023).
- ²⁰ Bea Austin, Berghof Stiftung Berlin, Podcast mit Ursula Werther-Pietsch, Trilogie Friedensforschung, YouTube 2021.
- ²¹ Siehe NSM Paper 6 *Thomas Greminger*, Sinne schärfen.
- ²² Siehe jedoch UNGV-Res. 377(V)/1950 "Uniting for Peace" sowie das "Liechtenstein Amendment" 2022.
- ²³ Zusatz anlässlich der Präsentation der Ergebnisse der NSM im Europäischen Forum Alpbach am 22. August 2023.
- Die Mitwirkenden bringen ihre persönliche, nicht institutionelle Meinung in den Denker:innenkreis ein. Besonderer Dank gilt meinem Team, das in Vor- und Nachbereitung, Korrespondenz, organisatorisch wie atmosphärisch Großartiges geleistet hat: Lena Schneidhofer, Flo Weinreich, Friedarike Santner, Katharina Reich, Maria-Angela Brunner, Juliette Wiegmann und, last but not least, Benedikt Zanzinger.

- Martin Kreutner, Jurist und Sozialwissenschaftler und war acht Jahre lang Dekan und Geschäftsführer der International Anti-Corruption Acadamy (IACA, internationale Organisation mit über 75 Mitgliedsstaaten). Von 2001 bis 2010 war er Leiter der österreichischen Anti-Korruptionsbehörde sowie auch neun Jahre lang Präsident des europäischen AC-Dienstellennetzwerkes European Partners against Corruption (EPAC/EACN). Er ist/war Experte und Berater in Anti-Korruptions- und Compliancefragen u. a. von UN, Europarat, Europäische Union, OSCE, Transparency International und Weltbank. Herzlicher Dank für wertvolle Kommentare geht an (alphabetisch) Isabella Lazar, Katharina Reich, Alexander Strupp, Ursula Werther-Pietsch und Christian Wlaschütz.
- Ursula Werther-Pietsch, Habilitation im Fach Internationales Recht und internationale Beziehungen, unterrichtet an den Universitäten Graz und Bundeswehruniversität München. Mitherausgeberin und Mitgründerin der Defence Horizon Journal Special Edition, Mitglied der Wissenschaftskommission beim österreichischen Landesverteidigungsministerium sowie des Beirats des International Institute for Peace (IIP). Sie ist wissenschaftliche Beraterin des Global Advancement Programm des Akademischen Forums für Außenpolitik. Schwerpunkte: menschliche / kollektive Sicherheit, Menschenrechte, Fragilität, multilaterales Systemdenken. Jüngste Publikationen u.a. Powering Universalism (2021), Transforming Security (2022) and Envisioning Peace in a Time of War (2022); Florian Weinreich, Philosophiestudent Uni Wien, Interesse für Literatur, Kunst, internationale Politik, Publikumsdienst der Wiener Staatsoper.
- ²⁷ Seinem etymologischen Ursprung nach heißt *contextus* nichts anderes als Zusammenflechten, Zusammenhang.
- ²⁸ Wellmer, A. (1969), Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 48f.
- Michael Staudinger, (ret.) Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Leiter der ZAMG-Regionalstelle Salzburg und Oberösterreich sowie Leiter des Sonnblickobservatoriums. Gemeinsam mit dem holländischen Kollegen Frank Kroonenberg entwickelte er eine europaweite Warnplattform für Unwetter (30 Länder), "Outreach and Communication Award 2008" der Europäischen Meteorologischen Gesellschaft. PhD Universität Innsbruck und Flinders/Australien.
- Velina Tchakarova, Expertin für Sicherheits- und Geopolitik, bis 2023 Direktorin des Austrian Institute for European and Security Policy (AIES) in Wien. Sie unterrichtet am Real World Risk Institut, Expertin für Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Publikationen auf den Gebieten Strategic Foresight, globalpolitische Trends.
- Heinz Gärtner, Professor und Leiter des Departments für Politikwissenschaften an der Universität Wien und der Donau-Universität Krems. Langjähriger Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), Fulbright Fellowships und Austrian Chair an der Stanford Universität, Austrian Marshall Plan Foundation Fellow an der Johns-Hopkins-Universität in Washington DC. Vorsitzender Wissenschaftskommission beim BMLV und IIP-Beirat. Schwerpunkte internationale Sicherheit, Atomwaffenverträge und Abrüstung, Geopolitik und US-Außenpolitik, Iran und Mittlerer Osten.
- Es sind dies die *National Security Strategy*, die *National Defense Strategy*, *die National Military Strategy* und die *Nuclear Posture Review* der Regierungen Barack Obama, Donald Trump und Joseph Biden.
- Reden der 10. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit, August 2022 (vgl. https://eng.mil.ru/en/mcis/index.htm, wobei die meisten Reden im Internet geblockt sind, letzter Abrufversuch: 21.09.2023).
- Thomas Greminger, Direktor des Centre for Security Policy (GCSP) in Genf, Botschafter (ret.), Generalsekretär der OSZE. PhD (Geschichte) an der Universität Zürich, forscht auf den Gebieten Konfliktmanagement, Peacekeeping, Entwicklung und Menschenrechte.
- Beatrix Austin, Leiterin Conflict Transformation Research, Berghof Foundation, Berlin NGO mit ca. 140 Mitarbeitenden in Berlin, Tübingen, Präsenz in vielen globalen Konfliktregionen (Libanon, Yemen, Somalia, Äthiopien, Caucasus u.a.m.). Das Team arbeitet auf die Mission "creating space for conflict transformation" mit Methoden

- der partizipativen Forschung, der Friedenserziehung und der praktischen Friedensförderung hin. 2021 feierte die Berghof Foundation ihr 50-jähriges Bestehen.
- https://twitter.com/EU_EMBRACE/status/1664186898120597504?t=UpWM_yEWXacdhJYq02UrxA&s=09 (letzter Abruf: 01.06.2023).

Abbildungsverzeichnis

- **Abb. 1 Landkarte der Herrschaftsformen**, Varieties of Democracy (V-dem) Institute an der Universität Göteborg (2023), Global State of Democracy Report 2023, Defiance in the Face of Autocratisation, 9, https://www.v-dem.net/documents/29/V-dem_democracyreport2023_lowres.pdf (letzter Abruf: 27.09.2023).
- **Abb. 2 Landkarte des Multilateralismus**, New School of Multilateralism, Seminar an der Universität der Bundeswehr München, © Lukas Hartmann/Sabrina Walchner, 05.05.2023.
- **Abb. 3 Neue Interventionslogik**, World Bank (2018), Pathways for Peace, Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict, Washington D.C., 284, https://openknowledge.worldbank.org/entities/publication/4c36fca6-c7e0-5927-b171-468b0b236b59 (letzter Abruf:; 27.09.2023)

Impressum

Die Autorin

Ursula Werther-Pietsch ist Gastprofessorin an der Universität Graz, Österreich und Dozentin für Internationales Recht und internationale Beziehungen. Lehraufträge an der Universität der Bundeswehr in München.

Diplomatischen Akademie Wien und Österreichischen Landesverteidigungsakademie. Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht und der Wissenschaftskommission beim österreichischen BMLV, Werther-Pietsch ist Mitherausgeberin des The Defence Horizon Journal Special Edition und wissenschaftliche

Beraterin des Akademischen Forums für Außenpolitik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind kollektive und menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Fragilität und Resilienz. Zuletzt erschienen: Powering Universalism (Klein 2021), Transforming Security (Springer 2022), Envisioning Peace in a Time of War (Facultas 2022).

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Multilateraler Dialog Wien

Kontakt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Österreich - Multilateraler Dialog Wien T +43 01 / 890 14 650 Info.vienna@kas.de

Postanschrift: Kärntner Ring 15, 1010 Wien, Österreich

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Gestaltung: Yellow Too Pasiek & Hontrich GbR

Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Österreich - Multilateraler Dialog Wien

Titelbild: iStock



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von "Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international", CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)